

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Einzelhefte 10 Pf. Eintragung in die Postzeitungsliste Nr. 6452.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gelpalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 558 15 Postfachamt Hannover.

Verlag von A. Brep. Druck von C. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, II. — Fernsprech-Anschluss 5 22 81.

Zum 11. August!

Durch schlichte, würdige Felsen wird am 11. August überall in deutschen Landen des Tages gedacht werden, an dem vor neun Jahren der erste deutsche Reichspräsident die deutsche Reichsverfassung unterzeichnete. In zahllosen Reden wird auf die Bedeutung des Tages und des Werkes hingewiesen werden, das an jenem Tage seinen vorläufigen Abschluss fand.

Aber ist denn diese republikanische Verfassung überhaupt wert, daß ihrer gedacht wird und daß über sie anders gesprochen wird, als mit Hohn und Spott? Wir wissen, daß es viele gibt, die sich nationalgesinnte Staatsbürger nennen und doch der Ansicht sind, daß diese „Judenverfassung“ kein ernstes Wort wert ist. Daß nach einem Zeitraum von neun Jahren noch solche Ansichten geäußert werden können, ist ein bedauerliches Zeichen der politischen Unreife eines großen Teiles des deutschen Volkes, ist zum anderen aber auch das Zeichen des ungeminderten Hasses, mit dem die Ewig-Gestrigen alles Neue, alles Fortschrittliche verfolgen, vollends dann, wenn sie durch dieses Neue aus ihren Machtstellungen gedrängt worden sind. Und so begreiflich es ist, daß man um die verlorene glänzende Stellung trauert, so unbegreiflich ist es, daß die Anhänger des monarchistischen Gedankens immer noch nicht den Mut haben, einzugesehen, daß die Republik die einzig mögliche Staatsform für ein Reich ist, das durch eine Monarchie in ein so grenzenloses Unglück gestürzt war.

Die Hoffnungen, daß die Republik nur für einige Jahre Mahalbertin für eine neue Monarchie sein würde, haben sich nicht erfüllt, konnten sich nicht erfüllen, weil die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes wußte, daß nur durch die neue Staatsform Deutschland vor der völligen Auflösung bewahrt werden konnte. Kein anderer als der Kriegskanzler Bethmann-Hollweg hat es ja einmal in einer seiner großen Antrittsreden im Jahre 1916 ausgesprochen: „Eine Rückkehr zum Status quo nach solchen Erschütterungen kennt die Geschichte nicht.“ Ein System, das so völlig abgewirtschaftet hatte, wie das monarchische in Preußen-Deutschland, konnte unmöglich aus dem Abgrund des Elends, in den es das Land und das Volk gestürzt hatte, den Weg zu Licht und Freiheit zeigen. Freilich, die Erbschaft, die es der neuen Staatsform hinterließ, war alles andere eher als erfreulich und ermutigend. Darin liegt ja gerade die bodenlose Demagogie der Herren von einst, vom 11. August 1919 bis heute fortwährend das eine zu wiederholen: Ihr habt es ja auch noch nicht besser gemacht. Ein neugeborener Mensch ist noch nie ein Ausbund von Schönheit gewesen, ebensowenig wie ein eben aus dem Ei geschlüpfter Vogel. Noch viel weniger konnte ein Staatswesen, das mit einer so unheilvollen Erbschaft belastet war, wie die junge deutsche Republik, von heute auf morgen die herrlichen Zeiten herbeiführen, von denen der letzte Träger der Kaiserkrone einmal in unbegreiflicher Verblendung gesprochen hatte. Aber das eine steht unerschütterlich fest: Die Anhänger des republikanischen Gedankens, und die Männer und Frauen, die diesen Gedanken in die Tat und in die Wirklichkeit umsetzten, haben Deutschland vor der Anarchie, die die Vernichtung bedeutet hätte, bewahrt. Nur blinder Haß oder gehässige Blindheit, die an allem politischen und wirtschaftlichen Geschehen der letzten Jahre mit geschlossenen Augen vorübergegangen sind, können behaupten, daß sich noch nichts zum Besseren gewandt habe, seitdem die republikanische Verfassung für das Deutsche Reich beschlossen und verkündet wurde. Daß es in vielem, in sehr vielem, außen- und innenpolitisch, unzweifelhaft lichter um das deutsche Volk geworden ist, wird allein schon durch die Tatsache bewiesen, daß die Republik und der republikanische Gedanke so fest im Herzen des deutschen Volkes Wurzel gefaßt haben, daß es ganz unmöglich scheint, dem deutschen Volke wieder eine andere Staatsform aufzuzwingen. Denn die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes weiß, daß nach den gewaltigen Erschütterungen des Krieges und der Revolution die Republik die einzige Staatsform ist, die dem deutschen Volke ein Zusammenleben in staatlich gebundener Form möglich macht. Der Versuch, die deutsche Republik zu beseitigen, trafe darum das deutsche Volk in seinem innersten Leben und würde unweigerlich Millionen deutscher Volksgenossen in Bürgerkrieg und Anarchie, in Blut und Tränen, in Hunger und Verzweiflung unkommen lassen. Diese Wahrheit muß einmal mit aller Deutlichkeit ausgesprochen und beiden Gegnern des republikanischen Deutschlands gesagt werden, denen von rechts, die immer noch glauben, daß es dem deutschen Volke, und besonders ihnen selber besser gehen würde, wenn wir noch die alte monarchische Staatsform hätten oder heute zu ihr zurückkehren würden, und denen von links, die da glauben, daß

es das Unheil für Deutschland und für das deutsche Proletariat bedeute, daß im November 1918 nicht die Räteregierung nach russischem Muster ausgerufen wurde. Wäre das damals geschehen, so ist unbedingt sicher, daß wir heute die blutigste Reaktion in Deutschland erleben müßten, die sich denken läßt, ganz abgesehen von den unübersehbaren außenpolitischen Schwierigkeiten, die uns erwachsen wären. Und daran, daß wir heute wieder außenpolitisch so viel besser dastehen, als 1919, und daß wir wieder auch auf dem Wege der wirtschaftlichen Erholung sind, an diesen Erfolgen sind die deutschen Arbeiter an allererster Stelle beteiligt. Sie haben erkannt, daß auch heute noch die Politik die Kunst des Möglichen ist und daß nur beharrliche, weit vorausschauende Arbeit auch in dem politischen Elend neue Wege und Zukunftsmöglichkeiten schaffen konnte. Es ist ein unvergängliches Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, daß die deutsche Arbeiterschaft unter der Führung der Sozialdemokratie unter tausend Entbehrungen und Opfern diese Arbeit geleistet hat, die zu den heute sichtbaren Erfolgen geführt hat. Die Aufgabe, die uns gestellt wurde, war freilich nicht leicht und sie ist auch heute noch nicht

14. Sitzung des Bundesauschusses des ADBS.

Der Bundesauschuss des ADBS. begann in der 14. Sitzung am 30. Juli seine Arbeiten mit der Beratung einer Entschließung über die

Anerkennung der Berufskrankheiten als entschädigungspflichtig

Im Sinne der Unfallversicherung. Die Entschließung wurde nach einer Erläuterung ihres Zweckes durch den Vorsitzenden, Genossen Leipart, und kurzer Debatte einstimmig angenommen. Sie lautet:

Von den zahlreichen Berufskrankheiten, die als Arbeitsrisiko in gleicher Weise wie Unfälle das Leben und die Gesundheit der Arbeiterschaft bedrohen, sind nur 11 durch die Verordnung des ADBS. vom 12. Mai 1925 als entschädigungspflichtig anerkannt und in die Unfallversicherung einbezogen worden. Obwohl der Sozialpolitische Ausschuss des Bundesauschusses in Anerkennung der Vernehmung von Gutachtern zehn weitere Berufskrankheiten (darunter die Vergiftungen durch Schwefelwasserstoff, Kohlenoxyd, Mangan, gewerbliche Hautkrankheiten, Taubheit und Schwerhörigkeit in Lärmbetrieben, Erkrankungen durch Pressluftwerkzeuge und Staublungenkrankungen in der Steinindustrie, im Bergbau und in der Metallindustrie, und in Thomaschlackenbetrieben) zur Aufnahme in die genannte Verordnung empfohlen hat, ist die Gleichstellung dieser Berufskrankheiten mit den entschädigungspflichtigen Unfällen noch nicht erfolgt.

Der Bundesauschuss des ADBS. erwartet vom Reichsarbeitsminister die Erweiterung der Verordnung vom 12. Mai 1925 zunächst um diejenigen Berufskrankheiten, die der Reichswirtschaftsrat zur Gleichstellung mit den Unfällen empfohlen hat. Darüber hinaus fordert der Bundesauschuss die Anerkennung aller Krankheiten, die überwiegend durch Berufarbeit verursacht sind, als entschädigungspflichtige Berufskrankheiten.

Ferner erwartet der Bundesauschuss, daß auch die Durchführung der Verordnung den berechtigten Interessen der Versicherten Rechnung trägt, wie es in einer Eingabe des Bundesvorstandes am 28. Oktober 1927 dem zuständigen Regierungsstellen gegenüber zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Begutachtung der Berufskrankheiten vor den Versicherungsämtern durch Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften und wirtschaftlich vom Unternehmer abhängige Betriebsärzte hat nachweislich Mängel gezeigt. Es sollen daher bei der zur Durchführung der Verordnung nötigen Regenerierung in erster Linie beamtete Ärzte, die die nötigen Fachkenntnisse besitzen, herangezogen werden. Diese erscheinen durch ihre amtliche Stellung, die für ihre Objektivität und Freiheit von wirtschaftlichen Interessen bürden muß, geeignet, das erloschene Vertrauen der Arbeiterschaft zu der genannten Verordnung wieder herzustellen.

Die Sitzung war vornehmlich einberufen worden, um die dem Hamburger Gewerkschaftskongress vorzulegenden Entschließungen und Anträge

zu beraten. Insbesondere waren, führte Leipart, die Erörterungen hierüber einleitend, aus, Vorarbeiten nötig zur Klärung des Begriffs der Wirtschaftsdemokratie und zur Erkenntnis der Wege und Möglichkeiten zu ihrer Durchführung. Da der Punkt „Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie“ der wichtigste Beratungsgegenstand des Kongresses sein werde, müsse diese Frage auch vom Ausschuss vorranglich behandelt werden. Genosse Kapfack von der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik habe es übernommen, über die Vorarbeiten zur Erledigung dieses Punktes der Kongresslageordnung zu berichten.

Nachdem auf dem Breslauer Gewerkschaftskongress zum ersten Male das

Problem der Wirtschaftsdemokratie

angeschnitten worden war, führte Kapfack aus, ist die Diskussion darüber nicht verstant. Aber es zeigte sich bald, daß von dem Breslauer Gewerkschaftskongress zwar eine Fülle von Anregungen ausgegangen ist, daß aber die Klarheit über das Wesen der Wirtschaftsdemokratie, über die Stellung, die ihr innerhalb der Theorie und der Praxis der Arbeiterbewegung zukommt, im besonderen auch über ihr Verhältnis zum Sozialismus, noch in weitem Umfange fehle. Aus dieser Erkenntnis ist der Wunsch entstanden, auf dem Hamburger Kongress weiterzuarbeiten an der Klärung der Aufstellungen über dieses Gebiet. Zur Vorbereitung wurde eine Gemeinschaftsarbeit über die Wirtschaftsdemokratie, ihr Wesen, ihren Weg und ihr Ziel fertiggestellt, in der der Versuch gemacht wird, sowohl theoretisch die Bedeutung der Wirtschaftsdemokratie für die Überwindung der Arbeiterfrage darzulegen, als auch vor allen Dingen die praktischen Ansätze einer Demokratisierung der Wirtschaft darzustellen, die man auf Grund der modernen Entwicklung des Kapitalismus und auf Grund der Einwirkung der wachsenden Macht der Arbeiterbewegung auf die Wirtschaftsstruktur erkennen kann. Das wesentliche Ergebnis der theoretischen Klärung geht dahin, daß die Aufstellung der Forderung der Wirtschaftsdemokratie durch die deutschen Gewerkschaften für sie weder einen Verzicht auf das sozialistische Ziel, noch einen Ersatz für den Sozialismus bedeutet, sondern eine Ergänzung der sozialistischen Idee in der Richtung der Klärung des Weges zur Verwirklichung.

Die Demokratisierung der Wirtschaft kommt praktisch zum Ausdruck in einer ständig verstärkten Durchsetzung eines Gemeininteresses gegenüber dem Privatinteresse, in der Einschränkung der Alleinherrschaft der Unternehmer durch die Verfügung über die Produktionsmittel, der überall der Gedanke der Mitbestimmung gegenübertritt und schließlich in der Tendenz zur Schaffung einer neuen Verteilungsordnung, die vor allen Dingen im Ausbau der Sozialversicherung ihren Ausdruck findet. Wenn wir die Entwicklung der modernen Wirtschaft und des Rechtes überschauen, wenn wir die Wandlung des Arbeitsrechts, die Wandlung der Wirtschaft von der freien Konkurrenz zum organisierten Kapitalismus, das ständige Wachstum der öffentlichen Betriebe und des Vordringens der Eigenwirtschaft der Arbeiterbewegung, das in den Konsumgenossenschaften und in den eigenen gewerkschaftlichen Betrieben seinen Ausdruck findet, überschauen, so können wir, ohne uns irgendwelchen Illusionen über das Erreichte hinzugeben, doch sagen, daß zum größten Teil in Verbindung mit der Machtabbildung der Arbeiterbewegung sich die Tendenzen einer Demokratisierung der Wirtschaft deutlich abzeichnen. Die Aufgabe der Arbeiterbewegung ist es, ihrem sozialistischen Ziel getreu die Entwicklung überall dort voranzutreiben,

Sack und Ahren

Ein dicker Sack, den Bauer Volle,
Der ihn zur Mühle fragen wollte,
Um anzusehn, mal hingestellt
Nicht an ein reifes Ayrnfeld,
Legt sich in würdevolle Falten
Und fängt 'ne Rede an zu halten.
Ich sprach er, bin der volle Sack,
Ihr Ahren seid nur dummes Pack.
Ich bin's, der euch auf dieser Welt
In Einigkeit zusammenhält.
Ich bin's, der hoch von innen ist,
Dah euch das Federvieh nicht frist;
Ich, dessen hohe Fassungskraft
Euch schließlich in die Mühle schafft.
Verneigt euch tief, denn ich bin Der!
Was wäret ihr, wenn ich nicht wär?
Sanft rauschten die Ahren:
Du wärest ein leerer Schlauch, wenn wir
nicht wären.
Wilhelm Busch, geb. 15. 4. 1832.

ganz gelöst: Außenpolitisch gleiches Recht mit den anderen Staaten zu erreichen und im Innern des Staates die notwendigen sozialen Maßnahmen zugunsten der bisher unterdrückten, wirtschaftlich schwachen Bevölkerungskreise durchzuführen, beide gegen die starken Widerstände der am Gegenteil Interessierten. Aber wir werden dieses Ziel erreichen. Auf dem Wege dahin waren die Reichs- und Landtagswahlen am 20. Mai ein guter Schritt vorwärts.

Ganz gewiß ist auch die neue Reichsverfassung nicht ohne Mängel und Unzulänglichkeiten, das weiß niemand besser als wir, die wir bemüht sind, sie in die Wirklichkeit umzusetzen und auszubauen. Aber sie ist das Grundgesetz der deutschen Republik, das Millionen von Untertanen die politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung gebracht und dadurch diese Untertanen erst zu Staatsbürgern gemacht hat. Diese neuen Staatsbürger haben nicht nur Rechte, allerdings, sie haben auch viele und schwere Pflichten, aber diese Pflichten erfüllen sich heute leichter in dem Bewußtsein der Freiwilligkeit, im Dienste für das Wohl des gesamten Volkes. Und glücklicherweise wird von uns das Wohl des Volkes anders verstanden als von den Kreisen des Volkes, die sich immer noch gegen die Anerkennung des Grundgesetzes der Reichsverfassung sträuben: Eigentum verpflichtet, sein Befehl soll Dienst sein für das gemeine Beste.

Die größte Kraft aber wollen wir daran setzen, daß jener andere Satz stets wahr bleibt: Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Kräfte, die sich für die Republik einsetzen, müssen so stark sein, daß die Gegner es auch in Gedanken nicht wagen, die Republik anzugreifen. Und vielleicht noch wichtiger ist der folgende Satz: Alle Gemalt geht vom Volke aus! Sorgen wir dafür, daß dieser Satz in die Wirklichkeit umgesetzt wird, daß das arbeitende Volk fest und unangreifbar die Gewalt in seinen Händen behält, dann braucht uns um den ersten Teil dieses Satzes nicht bange zu sein. Dann werden wir die Staatsform behalten, die allein eines freien und aufgeklärten Volkes würdig ist. In diesem Sinne wollen wir den 11. August feiern!

treiben, wo wir die Anlässe zur Demokratisierung, die Anlässe zum Wachstum einer neuen Wirtschaft erkennen können. So entspricht es der gegenwärtigen Entwicklungsstufe, daß wir versuchen, den Weg zum Sozialismus im einzelnen klarer zu erkennen, als einen Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft.

Espart bemerkt zu dem Referat Raphaelis, wichtig sei, daß die Unternehmung über die Frage des Ergebnisses gebracht habe, daß die Demokratisierung der Wirtschaft kein Schlagwort sei, welches lediglich Hoffnungen erwecke, sondern eine konkrete Gegenwartsaufgabe. In dem dem Ausschuss vorliegenden Entwurf zu einer Entschließung sei an dem Wortes "Wirtschaftsdemokratie" der Ausdruck "Demokratisierung der Wirtschaft" getreten. Darin komme zum Ausdruck, daß nicht ein Tatbestand, sondern ein Wachstumsprozeß den Inhalt des Problems darstelle.

In der Diskussion wurde anerkannt, daß die vorbereitenden Arbeiten über die Frage der Wirtschaftsdemokratie einen erfreulichen Fortschritt in der Klärung dieses Begriffes geschaffen haben. Auch der Gedankengang des Entschließungsentwurfs wurde gebilligt; im einzelnen wurden von den Diskussionsrednern Änderungen des Wortlautes vorgeschlagen. Was man heute sehen könne an Tendenzen der Entwicklung der ökonomischen Ordnung, die in der Linie zur Demokratisierung der Wirtschaft verlaufe, sei in den getragenen Vorarbeiten aufgezeigt worden. Es war besonders notwendig, herauszuarbeiten, daß die gesamte Leistung der Gewerkschaften auf allen Einzelgebieten ihres Wirkungskreises Anlässe zur Demokratisierung der Wirtschaft geschaffen habe und fernerhin hervorbringe. Daß die Herausarbeitung dieses Gesichtspunktes durch die geleistete Vorarbeit gelungen sei, sei vor allem zu begrüßen.

Die endgültige Redaktion des im allgemeinen gebilligten Entwurfs der Entschließung wurde dem Bundesvorstand überlassen. Zur Beratung stand sodann die Entschließung zur Frage der Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung.

Hermann Müller erläuterte den vorliegenden Entwurf zu dieser Entschließung. Die Selbstverwaltung bestehe nur in der Krankenversicherung, aber nicht in der Unfallversicherung. In der Reichsversicherung wird dagegen eine maßgebende Beteiligung der Arbeitnehmer an der Leistung aller Zweige der sozialen Versicherung in Aussicht gestellt. Dieses Versprechens muß verwirklicht werden. Auch unsere Forderungen zur Reform der Arbeitsämter müssen durch den Kongress stärker in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt werden. Bei der Besetzung der Posten in den Selbstverwaltungskörpern müsse das jetzt zur Befüllung der Arbeitsämter eingeführte Verfahren Anwendung finden, nach dem die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den Selbstverwaltungsgremien auf Vorschlag der beiderseitigen wirtschaftlichen Vereinigungen zu bestellen sind. — Auch dieser Entschließungsentwurf fand die Zustimmung des Ausschusses.

Zur Tagesordnung des Gewerkschaftskongresses lag weiter der Entwurf für eine Entschließung über die

Bildungsaufgaben der Gewerkschaften.

Otto Heßler, der Bildungssekretär des Bundes, bemerkte hierzu erläuternd, daß auf die Anstellung konkreter Forderungen für das Volksschulwesen und das Berufsschulwesen nicht verzichtet werden könne. Die Gewerkschaftsbewegung müsse dem Volks- und Berufsschulwesen, seiner grundlegenden Bedeutung für die Arbeiterbildung entsprechend, ein tätiges Interesse entgegenbringen. Die Forderungen zu diesen Zweigen des nationalen Schulwesens, die Heßler im einzelnen kurz begründet, bilden den ersten Teil der Entschließung, deren zweiter Teil sich auf das gewerkschaftliche Schulwesen bezieht. Die Entschließung wird ihre Ergänzung finden durch ausführlichere Leitsätze zu den Bildungsaufgaben der Gewerkschaften, denen der Bundesausschuss seine Zustimmung erteilt.

Ferner lagen dem Bundesausschuss Entwürfe zu Entschließungen vor, die von der Arbeitsmarktpolitik handeln und Forderungen zur gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsaufsicht sowie zum Jugendchutz erheben. Die Entwürfe wurden vom Bundesausschuss im allgemeinen gebilligt, in Einzelheiten abgeändert oder ergänzt. Zur Frage der Arbeitsmarktpolitik wird in der Diskussion mit großem Nachdruck die Forderung erhoben, daß die Berechtigung zum Bezug der Kräfteunterstützung ausgedehnt werde auf die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit.

Die Beratung der vom Bundesvorstand vorgelegten Entwürfe war damit erledigt. Vom Bundesausschuss wurden sodann noch einige weitere Anträge, die den Gewerkschaftskongress beschäftigen werden, vorbereitet.

Das Ende der freien Wirtschaft.

(G.B.) Am 31. Mai d. J. wurde anlässlich der Tagung des Verbandes der Betriebswirtschaftler an deutschen Hochschulen in Wien vom Professor der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Köln, Schmalenbach, eine Rede über die "Betriebswirtschaftslehre an der Schwelle der neuen Wirtschaftsverfassung" gehalten.

Man kann sicher keinen in den letzten Jahren gehaltenen Vortrag anführen, der so lebhaft wie der vorliegende in der deutschen Presse besprochen wurde und der zu so vielen Kommentaren in den Blättern Veranlassung gab. Hat Professor Schmalenbach denn so etwas durchaus Neues gesagt, wodurch plötzlich ein neues Licht auf wirtschaftliche Erscheinungen gefallen ist?

Im allgemeinen kann dies nicht behauptet werden. Professor Schmalenbach, der außerhalb des eigentlichen Kreises der Betriebswirtschaftler hauptsächlich durch sein Gutachten über die Rentabilität des deutschen Bergbaues bekannt ist, hat in seinem vorgenannten Vortrage so einfach und klar, wie irgend denkbar ist, für jeden, der hören will, den wirklichen Charakter der modernen Wirtschaft entfaltet.

Wohnungsfrage und Volkskultur.

In ihr, in der Wohnstube des Menschen, vereinigt sich alles, was ich für das Volk und den Armen als das Höchste, Heiligste erachte. Ihr Heil, das Heil der Wohnstube ist es, was dem Volk allein zu helfen vermag, und das erste, dessen Besorgung für das Volk not tut. Von ihr, von ihr allein geht die Wahrheit, die Kraft und der Segen der Volkskultur aus. Wo in der Wohnstube des Volkes keine Wahrheit, keine Kraft und kein Segen ist, da ist keine Wahrheit, keine Kraft und kein Segen in der Volkskultur, da ist keine wirkliche Volkskultur da. Auf sie, auf sie, auf die Wohnstube des Volkes muß die Menschenfreundlichkeit unseres Geschlechtes einwirken, wenn sie nicht nur den Schein seines Wohles, sondern sein wirkliches Wohl bezweckt.

Peßtalozzi.

Professor Schmalenbach hält es für wahrscheinlich, daß die Wirtschaftsgeschichte kommender Jahrhunderte das 19. Jahrhundert vermutlich als das Jahrhundert der freien Wirtschaft bezeichnen wird, und zwar, weil diese sich an eine gebundene Wirtschaft anschließt und weil es wieder eine gebundene Wirtschaft ist, die ihr folgt. Voraus ging die Epoche einer aus Stadt und Land bestehenden Wirtschaftsgemeinde, deren industrieller Teil durch das System der Zünfte beherrscht war. Nach dem Zeitabschnitt der freien Wirtschaft ist jetzt die Periode angebrochen, in der das wirtschaftliche Leben von Kartellen, Erbsen und anderen Monopolgebilden, Staatseisenbahnen, Staatsposten, staatlicher Preisregelung für Kohle, Kali, Wohnungsmieten, staatlicher Festsetzung von Lohnsätzen usw. beherrscht wird. Und so stehen wir am Ausgang einer alten und am Beginn einer neuen Wirtschaftsperiode. Die Periode, von der zu scheiden wir im Begriffe sind und die wir die freie nannten, war eine Wirtschaftsperiode von so eigentümlicher Struktur, wie sie vielleicht niemals wiederkommen wird. Ganz und gar verwirklicht hat diese neue Wirtschaftsform sich noch nicht; wir stehen jedoch mitten darin und sind also mit allen Vor- und Nachteilen behaftet, die dieser neuen Generation zu eigen sind.

Von einem bewußten Handeln, von einem entschiedenen Willen, um zu einer neuen Wirtschaftsform zu gelangen, ist keine Rede. Ein freier Wille der Unternehmer, um selbst noch einen Weg zu bestimmen, ist ausgeschlossen. Nicht Menschen, sondern starke wirtschaftliche Kräfte sind es, die uns in die neue wirtschaftliche Epoche hineintreiben. Es ist sogar festzustellen, daß nahezu alle unsere Wirtschaftsführer

wenigstens theoretisch ausgesprochene Gegner der wirtschaftlichen Ideen sind, die der neuen Wirtschaftsform den Untergrund geben.

Schmalenbach untersucht weiter die eigentliche Ursache der großen wirtschaftlichen Wende, die jetzt stattfindet, und er gelangt zu der Schlussfolgerung, daß diese auf einen wichtigen Faktor zurückzuführen werden kann: Die Verschiebung der Produktionskosten innerhalb des Betriebes. Er drückt dies näher folgendermaßen aus: "Der Anteil der proportionalen Kosten am Produktionsprozeß ist kleiner und der Anteil der fixen Kosten ist immer größer geworden, und zwar so sehr, daß schließlich der Anteil der fixen Kosten für die Produktionsgestaltung bestimmend wurde." Entsprechend dem Anwachsen der fixen Kosten ist hiermit von selbst das Eintreten in die "gebundene Wirtschaft" verbunden. Es wird festgestellt, daß dieser Prozeß noch nicht vollkommen abgeschlossen ist, sondern im Gegenteil stets stärker wird, so daß irgendwelche Hoffnung, daß wir wieder zur freien Wirtschaft zurückkehren würden, vollkommen ausgeschlossen ist. Zu den fixen Kosten gehört in erster Linie die mit der fortgesetzten Steigerung der Betriebsgröße verbundene gewaltige Ausbreitung des Leitungsapparates, der in Zeiten der Krise wie in denen der Hochkonjunktur gleich unentbehrlich ist. Dazu kommt, daß die Zwangsläufigkeit in den modernen Betrieben immer größer wird. Schmalenbach nennt hier die Gliedarbeit, die notwendige Reihenfolge der Produktion und das Tempo, die alle den Geboten der Zwangsläufigkeit unterliegen. Unabtrennbar verbunden ist damit die wachsende Steigerung der Kapitalintensität. Er gibt hier das Beispiel eines großen Kesselhauses mit Staubfenerung. Überall Kessel und Leitungen und nur hier und da, fast verborgen, ein einzelner Mann. Der ganze Betrieb verursacht nur wenig Ausgaben in Form von Löhnen, aber viel fixe Kosten, hohe Zinsen und hohe Abschreibungen. Überall machen sich dieselben Erscheinungen bemerkbar. Überall steigen die Inlagewerte mehr als andere Bilanzposten außer den Kapitalkonten. Worin besteht nun der kennzeichnende Unterschied zwischen den proportionalen Kosten und den fixen Kosten?

Von den ersteren ist die Rede, wenn die Kosten direkt mit der Produktion in Zusammenhang stehen, so daß also mit jedem erzeugten Stück, jeder geförderten Tonne verhältnismäßig die Kosten zunehmen, was in der Periode, in der der Lohnanteil an den gesamten Produktionskosten noch groß war, der Fall — wir dürfen wohl sagen: gewesen ist. Ist der größte Teil der Unkosten jedoch fix, dann hat Verminderung der Produktionskosten nicht die Bedeutung einer entsprechenden Verminderung der Unkosten. Wenn die Preise eines Artikels sinken, dann wird es sogar unter bestimmten Umständen noch vorteilhafter sein, unter den durchschnittlichen Preisen zu produzieren. Selbst wenn in einem derartigen Falle mit Verlust gearbeitet werden würde, dann würde der Verlust noch weit geringer sein, als wenn überhaupt nicht gearbeitet würde. Warum? Weil, wie schon oben angegeben wurde, die Betriebskosten im allgemeinen doch die gleichen bleiben.

Es ist bemerkenswert, daß da, wo Kartelle und andere monopolartige Gebilde während der letzten Jahre entstanden sind, dies immer Betriebe betraf, deren fixe Kosten sehr hoch waren: im Verkehrswesen, im Bergbau, bei den Hüttenwerken, bei den Industrien der großen Ofenanlagen; viel weniger und viel später in der Textilindustrie, in der Fertigungsindustrie für Eisen und Holz.

Diesen neuen Organisationsformen haften viele Gebrechen an. Schmalenbach zählt eine Anzahl derselben auf; nicht mehr wie bisher ist eine gewisse Sicherheit dafür gegeben, daß tüchtige, leistungsfähige Menschen sich durchsetzen; übertriebener Bürokratismus, unwirtschaftliche Verwaltungs-einrichtungen, Verstoße gegen das wirtschaftliche Prinzip bei der Beteiligungsquote usw. Warum diese neue gebundene Wirtschaft sich dann doch durchsetzt? Da muß man sagen, daß diese Wirtschaft trotz aller ihrer Torheiten der alten

Eine Geschichte von Streikbrechern und allerhand Photographien.

Von Ludwig Praxsch.

Im Gespräch über unseren Streik gingen wir den Kanal entlang. Wir waren uns darüber einig: diesmal gibt es keine Kanstreifer. Fünf, sechs Mann, recht eigenartige Figuren, kamen uns da entgegen. Wir haben jedenfalls etwas kritische Betrachtungen an den Leuten gemacht, vielleicht etwas zu kritisch, denn plötzlich schrie einer aus dem Häuflein: "Was glöht ihr denn so, ihr Affen?!"

Aha, wir waren nur zu zweien, und die anderen ihrer sechs. Mein Kollege, ein bawwistischer Kerl da hinterm Wald dahinein, drehte sich rum, war gleich heimbürmeln, wie ein betrunkenes Holzhandwerk und knurrte: "Fürchten dan mer uns net..."

Der Bärenkerl muß den anderen Respekt gebracht haben, denn sie sagten kein Wort und gingen ihres Weges. Mein Freundl drehte sich rum zu mir: "Du, dena Brüder fran ich net, da freigen..."

Und wir fliegen nach. Der mit der strecken Schwanz, der uns angelächelt hatte, ging voraus. Wie ein ganz Verwegener schob er sein kugelrundes Strohdach auf den Hinterkopf. Diese Fresse paßte aber gar nicht zur ganzen Figur. Die war krumm und schuppig, und die kackdärren Spazierhölzer bummelten am verwichenen Oberkörper, wie zwei verbogene, blecherne Schleppläbel.

Der hat es nötig, daß er Sprüche macht," lachte mein Kollege, vordränger Freund.

Da die Kameraden hinterm Schleppläbel im Gänsemarsch hantelten, warteten wir leicht ihr ganzes Gestell betrachten. Der eine war lang, kackdärren und halberbogen, wie ein eingebändertes Ofenrohr, der zweite war kurz und dick und hätte auf Rollen zu wackeln, der dritte hatte einen Wasserhahn, groß, rund, und einen schakaligen Kropf dran, der vierte ging nicht kritischweise, sondern huffend, wie ein richtiger

Plattfußler; also das gab ein Bild, daß selbst die Streikposten vorm großen Fabrikator drüber lachen mußten.

"Da hast es, die Brüder wollen Streikbrecher machen..." sagte mein Baumlangler.

"Halt, hier wird gestreikt, da gib's nit!" rief eine Stimme, und eine andere rief: "So ka Schand habt er a nimmer! Bleibt heransen!"

Aber die sechs sanberen Brüder marschierten im Gänsemarsch durchs Fabrikator. Voran der mit dem weißen kugelrunden Strohdach.

"Na, den kann mer sich scho merken," meinte ironisch der Zippelhaubenhannes.

Die Gänsemarschbrüder brachten am anderen Morgen noch eine Anzahl ehrenhafte Kameraden mit. Von irgend einer Seite her wurde ihnen ins Gesicht gesprochen, allein, der amtierende zweifelhafte Schutzengel brachte den hinterreichend Verdächtigen nicht raus.

Ein Kamerad unter uns übte sich im Photographieren. Allerhand Ansichtskarten brachte er herans. Darum bekam er den Namen der Kartenheiner. Also, kurz gesagt, der Heiner kam auf den Gedanken, die Kanstreifer von der Fabrik drüben zu photographieren. Schön im Sammelhäuflein rückten sie an, die Streikbrecher, rekelten sich als Gruppe noch ein wenig ins Sonnenlicht rum, und so war es für den Heiner ein leichtes, die ganze Gruppe auf eine Ansichtskarte zu bringen.

Was das ein Hallo! Und wie gut waren sie getroffen! Vor allem das schiefgewinkelte Gestell mit dem weißen strohdachwachsenen Sommerhütlein. Die Karten gingen rasch weg. Immer Reproduktionen mußten hergestellt werden.

Als ein Geschäft machte der Kartenheiner mit den bildlich verewigten Ehrenmännern, daß sich selbst der alte Halberkämpfer, ein ausgefottener Schacherer und Hanfierer, um die Sache annahm. An allen Ecken und Enden las man von der Ehrengarde bei der Firma soundso.

Eines Tages kam ich vom Streiklokal zum Mittagisch nach Hause und bekam von meinen Angehörigen Bescheid,

ich habe mich am anderen Morgen um zehn Uhr auf der Polizeistation, Nürnberger Straße, einzufinden. Einiges ging mir durch den Kopf. Aber an ein bestimmtes Verbrechen konnte ich mich nicht erinnern. Vielleicht habe ich einen von den photographierten Ehrenmännern schief angeguckt? Oder in seinem Bein ein höhnisches? Die Frage hing ich an irgend einen alten Strafbefehl und wartete ruhig den nächsten Morgen ab. Ich schlief also rattenartig bis zum nächsten Morgen. Mit dem Glockenschlag zehn stand ich im Polizeilokal. Der anwesende Schutzmann hob den Polizeifinger, wies auf eine Bank und sagte: "Sähen Sä sich... Sä sind doch vorgeladen..." Also tat ich, was der richtungsangegebende Polizeifinger anwies, und "sägte" mich.

So ein halbes Stündlein wird wohl drauf gegangen sein, da ging die Türe zur Polizeistube auf, und, wer meinen Sie, wer hereinspaziert kommt? Unser kreuz- und querverwobener Raufreifer mit dem sommerverglühten Strohdachlein auf dem Kopf. Der eifrige Mann ließ das Nadeln auf. Der Schutzmann vermerkte ihm das Übel und lispelte ihn etwas feibelwelmäßig an: "Da schau's Echna den Herrn dort genau an... genau anschau, sag ich, war es der, oder war ers nicht!"

Jetzt drehte der Streikbrecher sein Strohdachlein immerfort durch die Finger, glöhte mich an mit Ruhagen, und sagte endlich mit einem Seufzer: "Nein... der war's nicht!"

Ich konnte dem Strohmänn gerade noch einen Blick, oder zwei, ins Gesicht geben; da war er draußen. Die Frage mußte raus: "Sagens amal, Herr Wachtmeister, warum ist denn der so farbenstrahlend im Gesicht?"

"Na ja, gestern oder vorgestern ham's ihn beim Kanal dawischt und fuchst verhaut und nächter ins Wasser duckt... wer was, wers g'macht hat... soll er halt net hingehn..." meinte liebenswürdig der Herr Wachthabende.

Zwischen grünem Buschwerk, blauen Himmelsfetzen, und anwärts getriebenen Wassergesträhl haben wir drüben eine Bank in der Anlage. Oder zwei. Wir heißen das Stüchlein Luftschnappergelegenheit die Invalidenbank. Da ich Zeit habe,

freien Wirtschaft zu einem großen Teile überlegen ist. Sie ist hauptsächlich deshalb, weil die Erfindung der fixen Kosten für die alte Wirtschaft so wenig mehr taugte und so unbillbare Zustände erzeugte, daß selbst eine solche, selbst eine geradezu kämpferisch organisierte gebundene Wirtschaft das Übergewicht bekommt. Darum ist es ausgeschlossen, daß wir wieder zu den früheren Wirtschaftsformen zurückkehren werden. Darauf ist es auch zu verzichten, daß keine einzige Antitrustgesetzgebung in welchem Lande sie auch eingeführt wurde, irgendwelchen wesentlichen Nutzeffekt gezeitigt hat.

Der Vortrag von Schmalenbach, der vorstehend nur gedrängt zusammengefaßt ist, gibt die Richtung wieder, in der die Wirtschaft sich unwillkürlich bewegt, und verstärkt wieder einmal die Auffassung, daß wir in einer Epoche leben, in der infolge der immer größeren konzentrierten Macht der Unternehmer der Kampf der Arbeiterklasse täglich schwieriger wird. Aber die allmähliche Evolution zur gebundenen Wirtschaft geht zugleich, wie notwendig auf die Dauer das Eingreifen der Gemeinschaft wird, um die von Technik und Vernunft erreichte höhere Wirtschaftsstufe auch für die Arbeiterklasse vorteilhaft zu gestalten.

Technik — Sozialismus.

Unauflöslich, eng ist unser ganzes Leben mit technischen Dingen und technischen Leistungen verknüpft. Die Technik hat unserer ganzen Lebensgestaltung den Stempel aufgedrückt. Die Existenz unseres sechzig-Millionen-Volkes misst am allen Fabriken, Handelshäusern, Gewerkschaften, Unternehmern, Verbänden wäre unmöglich, wenn die technischen Errungenschaften durch irgendeine Naturgewalt von unserem Erdball verschwinden würden.

Technik bedeutet eine ordnende, ausführende Tätigkeit. Der Inbegriff all des Schaffens und der Leistungen, welche auf mathematisch-naturwissenschaftlicher Grundlage ausgeführt, Naturkräfte, Rohstoffe und Menschen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten in den Dienst der Menschen stellen. Wenn diese wirtschaftlichen Gesichtspunkte heute noch mehr gelten als das menschliche Bedürfnis, wenn auch die Technik im Dienste des Kapitals steht, so liegt es doch im Wesen der Technik, ihre jeweiligen Opfer zu erlösen, von ihrer Knechtung zu befreien. Denn Sinn der Technik ist Freiheit durch Beherrschung der blindwirkenden Natur.

Die Technik drängt gleichzeitig zum Kollektivismus. Wir sind durch ihr einzigendes Band umschlungen. In ihr fühlen wir unsere gesellschaftliche Verbundenheit, erleben wir unser soziales Dasein. Sie zwingt alle in ihr Tätigen zum Schaffen im kollektivistischen Sinne. Obwohl sie den einzelnen Menschen zum Elendwesen stempelt, ihn durch Arbeitsteilung und Spezialisierung in größte soziale Abhängigkeit bringt, ist ihr großer Gedanke soziale Humanität, Sozialismus!

Die Technik der Neuzeit ermöglicht die Erhöhung des Durchschnitts des Lebens durch größtmögliche Warenproduktion. Das ist ja gerade der Zweck der Technik und warum wir sie befehlen. Lebenshaltung in vorfeinerer und komplizierterer Art, als man sie bisher im Durchschnitt der konsumierenden Masse kannte. Gleichzeitig vermindert die wissenschaftliche Technik grobe Muskelarbeit und äußerste Ermüdung. Sie schützt das Leben des Menschen, gestaltet es angenehmer, leichter, entlastet den Menschen, dient dem Menschen und Menschenwohl. Das ist human und sozial.

In diesem Sinne sind Gewerkschaft und Technik eng verbunden. Die Gewerkschaften bekämpfen den Mißbrauch der Technik zu kapitalistischen Zwecken, zu Sondervorteilen auf Kosten derjenigen, die die technischen Werke mit ihrem sinnenden, berechnenden Verstand und ausführender, kräftiger Hand schaffen.

Die kapitalistische Mißwirtschaft auf vielen Gebieten ist kein technischer Mangel, sondern Mangel an vollendeter Technik! Wenn man Kartelle bildet, um die Früchte der produktiven Technik in nicht zu großen Raten den Massen zu übergeben,

sehr viel Zeit, haßte ich also hinüber. Ein altlicher Herr saß da. Gruß und Gegengruß.

„Sakrament nochmal, Sie sind mer so bekannt . . .“, sagte ich. Der andere schüttelte den Braukopf.

Ich kramte solange in meinem Gedächtniskasten rum, bis ich es fand. Dann legte ich los: „Ja, wissens, mein Lieber, es ist halt scho a schönes paar Jahr her, wo ich euch damals photographiert habe?“

„Mach photographiert?“ fuhr der Braukopf hoch. Nun mußte ich Farbe bekennen und klärte die Sache: „Schonens, nicht ich habe Sie photographiert, sondern mein Geschäftskollege, der Kartenheimer . . . erinnert sich ohne nimmer an den Streik damals, da ham mer euch abgebildet auf Ansichtspostkarten und die Dinger verkauft und a Sangeschäft ham mer damit gemacht . . . heut ham mer a Zeitungvertriebsgeschäft . . . in Rippe . . . der Heiner (Hankel's Kind schol!“

„Also, gehts Ehna net schlecht?“ rappelte der mit dem runden Strohdachsel raus.

„Wo ham's denn Ehna so berühmtes Strohdachsel?“ mußte ich vollhalsig lachend fragen. Da kam ich aber schon an. Der alte Streikbrecher tat einen ganzen Tagstrang Krächzen, wie ein halberstücker Kabe und tat dann verstandesgemäß den fiesinnigen Ausspruch: „Wissens, was ich Ehna sag? Die feinen Herrschaften und großgeschwollenen Herren san un-dankbar. Solange mer schuffen und seine Kameraden reinlegen kann, gilt mer no sein Vagen . . . sobald an aber die Luft a bissel ausgeht und jeder Schnaufer a Plag is, nachdem hört mer . . . ja, Se san halt verbraucht und invalid . . . gehts als Amt . . . mir brauchen gesunde Arbeiter . . . weil mir a Fabrik ham und ka Krankenfaktion . . . is dös a recht?“

„Was soll ich mich mit der Frage quälen? Da grüße ich doch besser das goldigstrahlengrüne Land und sehe mich mitten ins Vogelkonzert.“

Schließlich konnte ich ja meinem Strohhutbekannten noch sagen: „Wer als junger Mensch und rüstiger Mann seinen Kameraden freu geblieben ist, der hat auch im Alter noch manche schöne Erinnerung.“

kennt man die Technik und ihre Entwicklung. Wenn man national und international kartell- und trüffmäßig konkurrenziert, verbraucht und verschwendet man Werte für Nulligkeiten, die der Technik und Wirtschaftlichkeit widersprechen. Gleichzeitig ist damit erwiesen, daß der Organismus der Weltwirtschaft nicht aus technischem Geist heraus sinnvoll zusammengefaßt ist und daß der Zweck des Ganzen im und am einzelnen erkannt werden kann. Und wenn man in der einzelnen Fabrik an Schuvorrichtungen spart, die Löhne niederhält und die Arbeitszeit unnötig lang ausdehnt, ist dies nur ein Zeugnis von mangelnder technischer Einsicht, mangelnder Technik. Die kapitalistische Mehrwertparasit bedeutet deshalb ein Schlag in das Gesicht der Technik. Diese Verfassung der Kraft der Technik zum Vorteil weniger und zum Nachteil der meisten Menschen will die Gewerkschaft beseitigen. Gewerkschaftlicher Kampf für Verbesserung des Arbeitslohes bedeutet Kampf für höchste Technik.

Der Gewerkschaftskampf ist deshalb im letzten Grunde zugleich menschlich und technisch. Organisation der Weltwirtschaft auf sinnvoll technischer Basis ist der erste Schritt zur Organisation der Menschheit und Förderung der Menschlichkeit im sozialistischen Sinne. Organisation der Fabrik aus wahrhaft technischem Wollen heraus bedeutet optimale Arbeitszeit, hohe, durch Profit ungebremste, nur durch Bedarf begrenzte Massenproduktion, hohe Löhne und größere Anwendung arbeitswissenschaftlicher Erkenntnisse. Die zwangsläufige Fortentwicklung des Wesenseigenen der Technik führt deshalb notwendigerweise zum Sozialismus. C. S.

Die Grundsteinlegung zur ersten Bundes-schule des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bernau.

Am Sonntag, dem 29. Juli, ist in Bernau, einem kleinen Städtchen im Norden Berlins, der Grundstein zur Bundes-schule des ADGB gelegt worden. Sicher ein bedeutungsvolles Ereignis, das in der ganzen Gewerkschaftsbewegung entsprechenden Widerhall finden muß. Bernau glänzte im Flaggenschmuck. Aus Berlin, der nahen und ferneren Umgebung war eine zahlreiche Schar Gewerkschaftskollegen nach Bernau gekommen, um dem Festakt die entsprechende Weihe zu geben. Das Bezirkssekretariat des ADGB, Berlin-Brandenburg-Grenzmark hatte die Organisation des Anmarsches und des Volksfestes übernommen. Neben einer großen Zahl Berliner Kollegen waren 38 Ortsausschüsse der Provinz Brandenburg, ferner solche der Grenzmark, aus Pommern und Delegationen der Verbände vertreten. Ferner der Bundesaus-schuss, Vertreter der Behörden um. Vor dem festlich geschmückten Rathaus begann die eigenartige Feier. Der Bernauer Arbeitergesangverein „Freiheit“ leitete diese Feier mit dem Gesang „Feißgruß ein. Der Bürgermeister der Stadt Bernau, Dr. Gerlach, gab in seiner Begrüßungsrede der Freude der Stadt Ausdruck, die Schule innerhalb ihrer Bemerkung erleben zu sehen. Nach einer Begrüßung des Vorstehenden des Ortsausschusses Bernau hielt der Bezirkssekretär, Kollege Bollmerhaus, eine kurze Ansprache, in der er auf das bedeutungsvolle Ereignis hinwies. Auf die Bedeutung der Jugendbewegung eingehend, übergab Redner der ersten gewerkschaftlichen Jugendgruppe des Bezirks, der Jugendgruppe Lucken-walde, einen Wimpel.

Nach dieser Einleitung setzte sich der etwa zwei Kilometer lange Feißzug nach dem Bauplatz in Bewegung. Hier angekommen, spielte der Posaunenchor der Staatsoper Berlin den „Feißmarsch“ von Ledermann. Hierauf sang der Gesangverein der Berliner Buch-drucker und Schriftsetzer „Typographia“ das Lied „König den Tag“. Der Sprech- und Bewegungschor der freien Gewerkschaftsjugend Berlin brachte äußerst wirkungsvoll die „Wünsche am Werktag“ zu Gehör. Die Feißansprache hielt der Bundesvorsitzende Kollege Leipart. Er begrüßte die Vertreter der Behörden, die Vertreter der Ortsausschüsse, die Mitglieder des Bundesaus-schusses, die einzelnen Delegationen der Verbände und schließlich die Architekten, deren Entwurf zur Tatsache werden soll. Kollege Leipart ging dann auf die Bedeutung der Bundes-schule für die Gewerkschaftsbewegung ein. „Wissen ist Macht, und Bildung macht frei!“ Diese Worte sind für die deutsche Arbeiterbewegung stets eine Richtschnur ge-wesen. Die neue Bildungsanstalt wird von der vorwärtsstrebenden Kraft der Gewerkschaftsbewegung Zeugnis ablegen. Die Gewerkschaften sind nie einseitig in ihrer Zielsetzung gewesen. Neben ihrer ersten Aufgabe, der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedin-gungen, ist die Gewerkschaftsbewegung stets ein Mittel gewesen, die Arbeiter in breitem Maße an der Kultur teilhaben zu lassen. Die neue Schule soll ein wichtiges gewerkschaftliches Kraftzentrum sein. Wie die Schule wurde und was die Voraussetzungen zu ihrer Entstehung waren, das soll in der Urkunde niedergelegt werden, die in den Grundstein eingemauert wird. Sollte diese Urkunde einmal an Tageslicht kommen, dann möge sie zukünftigen Geschlechtern Kenntnis geben von dem, was die Gewerkschaften einstmalig darstellten und welche Ziele sie sich gestellt hatten. Diese Schule soll nicht nur eine Stätte des Lernens, sondern auch eine Lebensstätte für ihre Schüler sein. Diese sollen hier frohe Wochen erleben, um das Gefühl echter Kameradschaftlichkeit und gegenseitiger innerlicher Verbundenheit mit hoch zu nehmen. Kollege Leipart schloß seine so Herzen gebende Rede mit einem Hoch auf die Zukunft der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Der Bildungssekretär des ADGB, Heßler verlas darauf die Urkunde und verlas sie in einer Metallhülle. Die Hülle wurde aufgelöst und drei Maurergesellen in weißer Arbeitskleidung be-gannen den Grundstein zu legen. Der Posaunenchor begleitete diese Handlung mit dem „Siegeslied“ von Händel. Die drei Hammer-schläge, die der Bundesvorsitzende Kollege Leipart auf den Sockel tat, begleitete er mit den Worten: „Für den Fortschritt der deutschen Gewerkschaften, für das Wohl des deutschen Volkes! Der Landrat Schlem-minger, der Bernauer Bürgermeister und der bauleitende Architekt, Hannes Meyer, begleiteten ihre Hammerschläge mit anerkennenden Worten für das kulturpolitische Wirken des ADGB. Mit einem gemeinsamen Gesang ging die sehr eindrucksvolle Feier zu Ende.

Saukonferenz des Gaues I

des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands, am 28. und 29. Juli in Fürstenberg (Westfalen).

Die Konferenz, die von 38 Delegierten, dem Kollegen Groh-mann, als Vertreter des Hauptverbandes, dem Kollegen Hoff-mann (Düsseldorf), als Verbandsvorsitzender für die Glasindustrie, und vier Gauvorsitzenden vertreten besetzt war, wurde am 28. Juli, nachmittags 4 Uhr, im „Sollinger Hof“ durch zwei stimmungsvolle Vorträge des Arbeiterverbandes eingeleitet. Der 1. Be-zirksvorsitzende, Kollege Bleßmann, der die Größe der Zahl der Fürstberger überbrachte, gab einen historischen Überblick über die Entstehung der weltbekanntesten Porzellanfabrik. Die Wünsche der Gemeinde für ein gutes Gelingen der Konferenz überbrachte der Gemeindevorsteher.

Den Geschäftsbericht über die verfloßenen drei Jahre gab der Kollege Scheinhardt. Er berichtete über eine gute Aufwärts-bewegung im Gau. Die Mitgliederzahl ist in den letzten drei Jahren von 30 000 auf 41 000 gestiegen. Erstreckt sich das auch in der Beitragsleistung der Mitglieder wesentliche Fortschritte gemacht sind. Im 2. Quartal 1925 waren pro Mitglied 10,7 Beiträge ge-kehrt, dagegen im 2. Quartal 1928 12,4. Die Rückweisen der Ju-

flation sind voll und ganz überwunden. Das Überfließen der Ver-mögensstoffe aus dem Glas- und Porzellanarbeiterverband vollzog sich ohne jede Reibung; denn alle Beteiligten hatten ein Interesse daran, daß das große Werk des Zusammenfassens der drei Ver-bände in keiner Weise getrübt wurde. Der Verband der Fabrik-arbeiter Deutschlands ist im Wirtschaftsgebiet Hannover-Süd die stärkste Arbeitnehmerorganisation.

Auf dem Gebiete des Tarifwesens wurden gute Fortschritte gemacht. Selbst das Krisenjahr 1925/26 konnte unsere Stellung nicht erschüttern. Die Angriffe, die auf den tarifmäßigen Stunden-lohn gemacht sind, wurden mit Erfolg abgewehrt. Bereits vor In-krafttreten des neuen Arbeitszeitgesetzes war in der Papier-industrie durch unser Wirken überall die achtfünftägige Arbeitszeit durchgeföhrt. In Salzhemmendorf mußte hart gekämpft werden um die Anerkennung unseres Verbandes. Nach einem zehnwöchigen Kampf war der Sieg auf Seiten der kämpfenden Kallarbeiter. Erfolgreich konnte auch der Kampf in der Porzellanindustrie beendet werden. In das Kampfsjahr 1927 schloß sich das Jahr 1928. Die Kämpfe in diesem Frühjahr fanden gegenüber denen im vorher-gehenden Jahre nicht zurück. Die erdhämteste Lohnerböhung für unsere Mitglieder innerhalb des Gaues I betrug in diesem Jahre circa 11 Millionen Mark. Dort, wo auf friedlichem Wege eine Einigung mit den Arbeitgebern nicht erzielt werden konnte, mußte zum letzten gewerkschaftlichen Mittel gegriffen werden. Wenn alle unsere Mitglieder im Laufe der kommenden Zeit genau so ihre Pflicht tun wie bisher, so werden wir auch künftig über gute Erfolge berichten können.

Die Ansprache, die sich an den Geschäftsbericht anknüpfte, war eine recht lebhaft. Hervorgehoben werden muß, daß der Koll. Grohmann vom Hauptverband die Kollegen aufforderte, in der Jugend- und Bildungsfrage etwas mehr zu leisten als bisher.

Aber den Bundesrat in Leipzig referiert der Kollege Haber-hauffe. Der Redner gab einen Überblick über die Konferenzen der einzelnen Branchen, welche dem Bundesrat vorgegangen sind und einen Bericht über den Bundesrat. Alle Hemm- und Hindernisse, welche der Verschmelzung im Wege gestanden hätten, seien überwunden. Auch auf dem Bundesrat habe man anerkennen müssen, daß das große Werk der Verschmelzung gelungen sei.

Am zweiten Verbandstag gab der Koll. Werner (Goslar) den Bericht über den 16. ordentlichen Verbandstag in Hamburg. Er betonte, daß der Verbandstag große Arbeit geleistet habe. Infolge der Veränderung in der Wirtschaft und Technik sei es notwendig gewesen, die Invaliden-Unterstützung innerhalb unseres Verbandes einzuföhren. Dieser neue Unterstützungsweig ist auf dem Ver-bandsstage mit großer Mehrheit beschlossen.

In der anschließenden Diskussion wurde von allen Rednern hervorgehoben, daß es nun notwendig sei, die Beschlüsse des Ver-bandsstages in den einzelnen Jahrestellen restlos durchzuföhren. Die Beitragserböhung, die der Verbandstag gebracht hat, machte sich notwendig durch die Einführung der Invaliden-Unterstützung. Es müsse aber Aufgabe aller derartigen Kollegen sein, die im Besitz ihrer Arbeitskraft sind, für die älteren Kollegen zu sorgen, die nicht mehr in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

In den Verbandsbeiträgen wurden gewählt die Kollegen: Otto Contentas (Hannover), Ebert (Minden), Boch (Lübbecke), Richter (Gronau), Kistner (Stobitzendorf). Die ersten drei Mitglieder gelten als endgültig gewählt. Sollte der Gau I Anspruch auf einen vierten Sitz haben, so gilt auch der Kollege Richter als gewählt und der Kollege Kistner als Ersatzmann. — Folgende Orte sollen in den Ortsbeiträgen einen Vertreter entsenden: Hannover, Hildesheim, Braunschweig, Lachendorf, Osnabrück, Fürstenberg und Nienburg. Als Ort der nächsten Konferenz wurde Celle bestimmt. Mit einem Dank an die Fürstberger Kollegen und an die gesamte Gewerkschaft Fürstberg für den freundlichen Empfang wurde die Konfe-renz geschlossen. E. S. B. r.

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Das Gesetz über die Senkung der Einkommensteuer ist loben im Reichsgesetzblatt verkündet worden. Bei der Wichtigkeit des Gesetzes wollen wir den Inhalt desselben zu-sammenfassend wiedergeben:

Ermäßigt wird die nach den Vorschriften der §§ 70, 74 des Einkommensteuergesetzes zu erhebende Einkommensteuer (Steuersatz vom Arbeitslohn) um 25 Prozent, jedoch in den Fällen des § 70 höchstens um 3 Mark monatlich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Monate, um 0,75 Mark wöchent-lich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Wochen, um 0,15 Mark täglich bei Zahlung des Arbeitslohnes für volle Arbeitstage und um 0,05 Mark zweifach bei Zahlung des Arbeitslohns für je zwei angefangene oder volle Arbeits-stunden. Die veranlagte Einkommensteuer wird um 25 Proz., höchstens jedoch um 36 Mark jährlich ermäßigt, wenn das Einkommen den Betrag von 15 000 Mark nicht übersteigt. Diese Vorschriften gelten für den Arbeitslohn, der für eine nach dem 30. September 1928 erfolgende Dienstleistung ge-währt wird, und bei Veranlagung erstmalig für Steuerab-schnitte, die in der zweiten Hälfte des Kalenderjahres 1928 enden, bei diesen jedoch mit der Maßgabe, daß die Ein-kommensteuer um 18 Prozent, höchstens aber um 27 Mark jährlich gemindert wird.

Ferner wird im § 70 folgende neue Vorschrift eingefügt: „Zur Berechnung der Steuer ist der Arbeitslohn bei Zahlung für volle Monate auf den nächsten durch 5 teilbaren Reichs-markbetrag, bei Zahlung für volle Wochen auf den nächsten vollen Reichsmarkbetrag, bei Zahlung für volle Arbeitstage auf den nächsten durch 20 teilbaren Reichspennigbetrag, bei Zahlung für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden auf den nächsten durch 5 teilbaren Reichspennigbetrag nach unten abzurunden.“ Diese Vorschrift findet erstmalig auf den Arbeitslohn Anwendung, der für eine nach dem 30. Sep-tember 1928 erfolgende Dienstleistung gewährt wird.“

Jugendbewegung.

Jugendleiterkonferenz.

Am 13. und 14. Juli fand eine gewerkschaftliche Jugendleiter-konferenz in Köln statt, die mit einer Besichtigung der „Pfeife“ verbunden war. Es waren 26 Vertreter der Verbände und 7 der Bezirke des ADGB, sowie vom Bundesvorsitzenden die Kollegen Raschke und Heßler anwesend.

Über die Frage

„Jugendämter und Gewerkschaften“

machte Kollege Stadtrat Dittmer (Berlin) die einleitenden Aus-sührungen. Er wies nach, in wie starkem Maße die Gewerkschaften an den Aufgabengebieten der Jugendämter interessiert sind. Sie müssen deshalb der Besetzung des Vorstandes des Jugendamtes größte Aufmerksamkeit widmen und selbst Vorschläge machen. Dittmer zeigte, wie sowohl bei der Jugendfürsorge als auch bei der Jugendpflege die Richtung der Tätigkeit durchaus von dem im Jugendamt wirkenden Persönlichkeiten bestimmt werden kann. Mancher Jugendliche kann vor der Anstalts-Fürsorgeerziehung bewahrt werden, wenn verständnisvolle Mitarbeiter den häufig aus-föhlenden finanziellen Gesichtspunkten die der sozialen Fürsorge gebenden Pädagogik entgegenstellen. Auf die Beschaffung und Aus-gestaltung von Jugendherbergen, Bibliotheken, Jugendzügen, Spielplätzen und auch bei der Vergabung von Mitteln an Jugend-vereine und für Schülerwanderungen können wir gar nicht genug

Einfluss nehmen. Auf allen diesen Gebieten müssen die Gewerkschaften für das Erreichen positiver Erfolge sorgen.

Die Aussprache, welche einzelne Beispiele fruchtbarer Wirkens gewerkschaftlicher Vertreter in solchen Körperschaften erbrachte, ergab grundsätzliche Übereinstimmung mit dem Referenten.

Zur Vorbereitung der auf dem kommenden Gewerkschaftskongress herbeizuführenden Stellungnahme wurde sodann über unsere Forderungen zum Berufsschulwesen beraten.

Die sehr lebhaft geführte Diskussion über die Forderungen mit dem Referenten und der vorgelegten Entschliessung, Gewünscht wurde, in dieser weiter zu betonen, dass die vom Breslauer Gewerkschaftskongress 1925 erbobenen Forderungen aufrecht erhalten werden.

Demnach wurde Entschliessungen zugestimmt, von denen eine den Standpunkt der Gewerkschaften zum Berufsausbildungsgesetz formuliert, eine andere vom Reichstag verlangt, dass bei der kommenden Beratung des Arbeitschulgesetzes die Jugendberufshilfen berücksichtigt werden und ferner eine, die sich gegen die Bestrebungen gewisser Handwerkerkreise nach Verlängerung der Lehrzeit wendet.

Der Konferenz wurde von dem Jugendsekretär des ADGB, Kollegen Maschke, Bericht über eine Reihe wichtiger organisatorischer Angelegenheiten gegeben. Die Bestrebungen nach Schaffung eines einheitlichen Jugendführeranzweises, der sowohl der Reichsbahn (Fahrpreltermäßigung), den Jugendberatern wie auch den Verbänden gegenüber legitimiert, wurden begrüßt und ein baldiges Gelingen des Planes gewünscht.

Die Absicht im Herbst d. J. vom ADGB, den Arbeitersportlern und der Sozialistischen Arbeiter-Jugend gemeinsam eine Rundgebung der Jugendführer dieser drei Gruppen stattfinden zu lassen, fand Zustimmung.

Der Verlauf der Beratungen gab allen Teilnehmern die feste Überzeugung, dass in der Gewerkschaftsbewegung das Verantwortungsbewusstsein gegenüber der heranwachsenden Generation in steigendem Maße zu praktischen Auswirkungen kommt.

Frauenfragen.

Der dänische Fabrikarbeiterinnenverband und wir.

Auf dem Verbandsstag in Hamburg befanden sich außer Vertretern der ausländischen Bruderorganisationen auch zwei Kolleginnen aus Dänemark, die die Grüße der dänischen Fabrikarbeiterinnen überbrachten.

Gerade aus Fabrikarbeiterinnen in Deutschland erwachsen so gewaltige Kräfte, dass wir die Vorteile, die uns eine große und starke Organisation zu bieten vermag, nicht übersehen sollten.

Zwei Erklärungen und — noch eine.

In der Jan- und Februarwoche (Neudörfing) erschien vor einiger Zeit eine Erklärung von einem Teil der Arbeiterinnen der Rohrmattenfabrik der Firma Leo Bauer in Neudörfing.

Der sozialen Einsicht der Firma Leo Bauer, dass sie diesen Maschinen kein Gehör schenkt und von den in Frage kommenden Arbeiterorganisationen, dass sie zum Schutze der neuen Arbeitszeit jederseits auf dem Posten sind.

Besonders bemerkenswert ist, dass 90 Prozent aller Beschäftigten der Firma Frauen und Mädchen sind, die — allerdings bei recht niedrigem Lohn — in dieser Fabrik ihr Dasein fristen.

Den Kolleginnen der Rohrmattenfabrik in Neudörfing ist mir dringend zu raten, sich baldmöglichst freigewerkschaftlich zu organisieren und dadurch selbst beizutragen, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen besser und erträglicher zu gestalten.

Berichte aus den Zahlstellen.

Bezirkszahlstellenkonferenz in Hchr-Grenzhausen.

Am Sonntag, dem 29. Juli, hielt die Bezirkszahlstelle Hchr-Grenzhausen in ihrem Eigenheim in Hchr die Bezirkszahlstellenkonferenz ab, an der 26 Vorstandsmitglieder bzw. Delegierte teilnahmen.

- 1. Geschäfts- und Tätigkeitsbericht für das 1. und 2. Quartal 1928.
2. Bericht des Kollegen Seeger (Niederlahnstein) über den Verbandsstag in Hamburg.
3. Anträge der einzelnen Filialen und Verschiedenes.

In der Berichtszeit war eine Riesenarbeit zu bewältigen durch Abschluss von Lohn- und Tarifverträgen für Braubach für Chemie, für Papier, für die Gruppe Grobkeramik Hchr-Grenzhausen, für das Wirtschaftsgebiet des Arbeitgeber-Verbandes Westermald, für die Glasfabrik in Wingen.

Besonders hingewiesen wurde noch auf die Schwierigkeiten mit der Papierfabrik Oberlahnstein, wo zwei Anträge auf Stilllegung und sonstige Differenzen mit der Firma die Gegenstände so aufzupflisten, dass zur Zeit eine Klage beim Arbeitsgericht Koblenz gegen den Betriebsratman durchgeführt werden muß.

In der Berichtszeit fanden außerdem drei Bezirksvorstands-sitzungen statt. An der Sitzung vom 10. Mai nahmen die Kollegen Karl Müller (Hannover) und Louis Brans (Frankfurt) teil.

Die einflussreichen Ausführungen des Kollegen Diffe wurden mit Beifall aufgenommen. Die Konferenz spricht dem Geschäftsführer für seine Tätigkeit und Kassenführung einstimmig das Vertrauen aus.

Nach der Mittagspause gab der Kollege Seeger in 15 Minuten Aufzeichnungen des Bericht über den Verbandsstag in Hamburg, der

In die Ausführungen des Kollegen Seeger schloß sich eine Aussprache an, bei der sich eine Anzahl der Delegierten beteiligte.

Die Konferenz konnte um 5 Uhr nachmittags von dem Bevollmächtigten sehr geschlossen werden mit dem Wunsche, daß auch diese Konferenz wieder mit dazu beitragen möge, eine weitere Festigung der Bezirkszahlstelle zu erreichen.

Internationale Arbeiterbewegung.

Anregungen zur Verschmelzung in der Fabrikarbeiter-Internationale.

(IAB) Seit langer Zeit wird vom Sekretär der Fabrikarbeiter-Internationale in dem Organ dieser Internationale eine Verschmelzung derselben mit der der Glasarbeiter und der Internationale der Arbeiter in der Keramischen Industrie als wünschenswert verschrieben.

Jetzt hat der internationale Sekretär der Glasarbeiter abermals zu dieser Angelegenheit in einem Schreiben an die dem Sekretariat angeschlossenen Verbände Stellung genommen, worin für nationale Verschmelzung entschieden eingetreten wird.

Verbandsnachrichten.

Warnung vor Max Werner.

Ein gewisser Max Werner, der vorgibt, Mitglied unseres Verbandes zu sein, sucht zur Zeit unsere Zahlstellen beim Sozialisten zu erreichen.

- Die Abrechnung für das 2. Quartal haben eingesandt:
Gau 1: Detmold, Einbeck, Freuden, Gihorn, Goslar, Hameln, Lübbecke, Rinteln, Wisshövede, Westerbarg.
Gau 2: Bismark, Burzdorf, Genßlin, Halle, Helmstedt, Herzberg, Mühlberg, Neuhaldensleben, Salzwedel, Schöppenstedt, Falkenberg, Seehausen, Rogätz, Garbelegen.
Gau 3: Berlin, Groß-Befen, Havelberg, Rottbus, Küstrin, Neurruppin, Oderberg, Oranienburg, Perleberg, Prenzlau, Schwebbus, Velten, Zehdenick, Zossen, Züllichau, Nordamm, Werder, Wriezen.
Gau 4: Daber, Demmin, Döbitz, Fiddichow, Hohenkrug, Kolberg, Neustrelitz, Plau, Schwaan, Schwerin, Stargard, Stavenhagen, Strelitz, Waren, Wismar, Friedland, Stralsund, Treptow (Toll.), Warin, Färberberg i. M.
Gau 5: Orsdauen, Insterburg, Tilsit, Allenstein, Danzig, Stallupönen.
Gau 6: Brieg, Glogau, Waldenburg, Jiegenhals.
Gau 7: Heidenau, Kösen.
Gau 8: Alstedt, Arnstadt, Blankenberg, Brattendorf, Fehrenbach, Fraureuth, Gera, Gießhübel, Gräfenroda, Grewßen, Heiligenstadt, Jena, Kahla, Kahlhütte, Kloster Weiskdorf, Mübendorf, Masserberg, Mühla, Obzilsleben, Sonneberg, Triptis, Wallhausen, Naumburg, Bedheim, Hintersieb.
Gau 9: Eberdorf, Wiesau, Windheim.
Gau 10: Altötting, Deggendorf, Freising, Landshut, Lening, Marienfeld, Rosenheim, Straubing, Lärheim, Mainburg, Oberau.
Gau 11: Baienfurt, Balingen, Freiburg, Offenburg, Rottweil, St. Georgen, Schramberg, Stuttgart, Ulm, Schweningen, Öppingen.
Gau 12: Saarbrücken, Seebach, Rodehausen, Lauda, Zweibrücken.
Gau 13: Birstadt, Darmstadt, Fulda, Hanau, Hchr-Grenzhausen, Kassel, Limburg, Mainz, Offenbach, Worms, Frankfurt am Main.
Gau 14: Goch, Kain, Stolberg.
Gau 15: Boitzenburg, Bismum, Elmshorn, Geesthacht, Lauenburg, Marne, Papenburg, Lönning, Bichen.
Gau 16: Ammen, Düsselhof, Hagen, Herbede, Herpest-Dorsten, Siegen, Syden, Schenertfeld, Würgendorf, Schermbach, Essen, Kappel.

Die Zahlstelle

Kashütte i. Th.

Sucht zum 1. September einen tüchtigen Geschäftsführer. Bewerber müssen mit allen einschlägigen Verbands- und Bureauarbeiten vertraut und rednerisch und agitatorisch befähigt sein.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Arbeiterinnenfragen auf der Glasstoff-Courtaulds G. m. b. H. in Köln-Merheim.

Seit längerer Zeit bestehen zwischen der Direktion und den Arbeiterinnen Differenzen über die Festsetzung eines neuen Akkordsystems. Bisher wurden die Arbeiterinnen in der Spulen-Gaspelei, Zentrifugen-Gaspelei, in Stundenlohn mit Prämienystem beschäftigt. Jetzt ist es in der Lat schlechter geworden. Das Arbeitseinkommen hat sich verringert. Zuerst wurde mit dem Prämienystem gearbeitet, mit dem sich die Arbeiterinnen trotz schwerer Bedenken abgefunden hatten, weil zum tariflichen Stundenlohn noch Prämien von 3 bis 8 Mk. pro Woche je nach der Einarbeitung gezahlt wurden. Vor einiger Zeit aber wollte die Direktion Akkordarbeit einführen. Durch die Bemühungen des Fabrikarbeiter-Verbandes gelang es, die Direktion davon zu überzeugen, daß bei dem starken Arbeiterwechsel und der ungenügenden Einarbeitung es besser sei, mit der Einführung der Akkordarbeit noch zu warten. Es wurden neue Sätze eingeführt, die sich zum Nachteil der Arbeiterinnen auswirkten, denn es sind immer noch bei gleichen Leistungen Minderverdienste von 3 bis 5 Mk. pro Woche zu verzeichnen. Das ist bei den heutigen Verhältnissen eine Härte für die Arbeiterinnen, die zum Gegenteil dessen führt, was die Direktion damit bezwecken will. Diese Maßnahme hat die Fabrikarbeiterverbände veranlaßt, der Firma folgende Forderungen zu unterbreiten:

Zentrifugen-Gaspelei.

In dieser Abteilung bildet die Berechnungsgrundlage die Stange mit 9 Strängen à 3000 Yards. Der Akkordstücklohn beträgt pro Stange 18 Pf.

Spulen-Gaspelei.

In dieser Abteilung bildet die Berechnungsgrundlage die Stange mit 10 Strängen à 3500 Meter. Der Akkordstücklohn beträgt pro Stange 25 Pf.

Swirnerlei.

Hier bildet die Berechnungsgrundlage das Brett mit 35 Spulen. Der Akkordsatz beträgt 35,5 Pf. pro Brett. Auf diese Forderungen hat die Direktion die Prämienhöhe in der engl. Zentrifugen-Gaspelei wie folgt neu festgesetzt und erhöht:

früher:

bis 35 Stangen Stundenlohn für 36 bis 40 Stangen 3 Pf. pro Stange für 41 bis 45 Stangen 4 Pf. pro Stange für 46 bis 50 Stangen 6 Pf. pro Stange

jetzt:

bis 30 Stangen Stundenlohn für 30 bis 35 Stangen 4 Pf. pro Stange für 36 bis 40 Stangen 6 Pf. pro Stange für 41 bis 45 Stangen 8 Pf. pro Stange

Dieses Prämienystem gilt für 120 bis 4000 Yards Stränge. In dem alten System erhöht sich die Prämienhöhe von 51 bis 65 Stangen gestaffelt, von 8, 10, bis 12 Pf. pro Stange. Während in dem neuen Prämienystem nur eine Leistung von 45 Stangen im Durchschnitt angenommen wird, und eine Gaspeleerin bei einer Leistung von 45 Stangen einen Tagelohn von 3,82 Mk. verdienen wird. In der deutschen Spulen-Gaspelei gestaffelt sich das neue Prämienystem wie folgt:

früher:

bis 20 Stangen Stundenlohn von 25 bis 30 Stangen 3 Pf. pro Stange von 31 bis 35 Stangen 4 Pf. pro Stange von 36 bis 40 Stangen 5 Pf. pro Stange von 41 bis 45 Stangen 7 Pf. pro Stange von 46 bis 50 Stangen 10 Pf. pro Stange

jetzt:

bis 15 Stangen Stundenlohn von 16 bis 20 Stangen 2 Pf. pro Stange von 21 bis 25 Stangen 3 Pf. pro Stange von 26 bis 30 Stangen 4 Pf. pro Stange von 31 bis 35 Stangen 5 Pf. pro Stange von 36 bis 40 Stangen 7 Pf. pro Stange

Auch hier ist die Durchschnittsleistung um 10 Stangen herabgesetzt, aber die Sätze sind so ungenügend, daß auch damit den Wünschen der Arbeiterinnen nicht Rechnung getragen ist. Eine Gaspeleerin hätte bei 40 Stangen in einer Schicht, einen Tagelohn von 5,17 Mk., für 60 bis 4000 Meter Stränge.

In einer am 25. Juli abgehaltenen Arbeiterinnensammlung haben die Arbeiterinnen auch diese Sätze abgelehnt, und den Arbeiterrat und die Gewerkschaften erneut beauftragt, in Verhandlungen mit der Direktion einzutreten. Es wurde ferner verlangt, daß auch den jugendlichen Arbeiterinnen bei gleichen Leistungen, die im Tarifvertrage festgesetzten Begünstigungen, den Stundenlohn einer höheren Altersstufe zu bekommen und bei Leistungen die den Vollarbeiterinnen gleichkommen, den Stundenlohn der Arbeiterinnen über 20 Jahre zu erhalten. Das sind tarifliche Vereinbarungen, die schon seit langer Zeit auf der Kunstseidenfabrik in Dormagen durchgeführt sind und auch die Arbeiterinnen der Glasstoff-Courtaulds verlangen, daß dem Tarifvertrage Rechnung getragen wird. Hoffentlich reißt bei der Direktion die Erkenntnis, daß Arbeitsluft und Arbeitsfreude bei den Arbeiterinnen nur dann wieder einkehren, wenn die Verdienste es gestatten, den Bedürfnissen des Lebens Rechnung zu tragen. Auch mit der Behandlung der Arbeiterinnen durch die Meisterinnen, wird die Arbeitslust nicht gefördert, sondern gehemmt. Ein Verbot jagt das andere. Es ist kein Wunder, wenn durch solche Maßnahmen Unzufriedenheit entsteht, die sich für beide Teile ungünstig auswirken muß. Den Arbeiterinnen rufen wir zu: Organisiert euch reiflich in Verbände der Fabrikarbeiter Deutschlands. Die Fabrikarbeiterverbände schließen den Rahmenvertrag ab, sind auch bei den Lohnverhandlungen führend in der chemischen Industrie im Kölner Wirtschaftsgebiet und bürgen euch dafür, eure Interessen wirksam zu vertreten. Verpflichtet eure Kraft nicht in verschiedenen Organisationen. Schafft die Einheit, erst dann werdet ihr bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen können.

P. Hertwig.

Explosion in einer polnischen chemischen Fabrik.

Am 29. Juli entstand auf bisher noch ungeklärte Weise in der chemischen Fabrik von Fuks u. Hagria in Lodz ein Großfeuer. Das fünfstöckige Fabrikgebäude wurde fast vollkommen zerstört. Während des Brandes explodierten ungefähr 2000 Kilogramm Benzin und andere Explosivstoffe, die in den Fabrikräumen untergebracht waren. In einem großen Umkreis wurden durch den Luftdruck, den die Explosion hervorrief, Tausende von Fenster Scheiben zerstört, ebenso wurden viele umliegenden Häuser schwer beschädigt.

Nach den bisher vorliegenden Nachrichten soll die Zahl der Toten über 30 betragen. Ungefähr 300 Personen haben

schwere und leichtere Verletzungen erlitten. In einem benachbarten Entbindungshaus wurden 5 Frauen verletzt.

Der durch das Feuer und die Explosionen angerichtete Schaden soll sich auf mehrere Millionen Zloty belaufen. Es gelang der Feuerwehr erst in den Morgenstunden, den Brand einzudämmen, so daß die Gefahr als beseitigt angesehen werden konnte. Bei den Löscharbeiten wurden allein 27 Feuerwehrleute durch herumschwebende Gebäudeteile, durch herabstürzende Gebäudeteile und zum Teil auch durch Verbrühungen schwer verletzt.

Es zeigt sich auch hier wieder, daß die chemischen Fabriken nicht inmitten von menschlichen Siedlungen angelegt werden dürfen. Sie werden geradezu eine Gefahr, wenn feuergefährliche Stoffe in so großer Zahl in ihnen hergestellt oder aufbewahrt werden und die Fabriken sich mitten in den dichtbesiedelten Städten oder Stadtteilen befinden.

Ein Vorkämpfer für den Achtstundentag vor 100 Jahren!

Robert Owen, der große Sozialist und praktische Sozialreformer, der in den von ihm geleiteten Baumwollspinnereien von New-Lanark den Beweis des wirtschaftlichen Vorteils der Verkürzung der Arbeitszeit erbrachte, gab 1831 folgende Begründung für die Notwendigkeit des Achtstundentages:

Der Achtstundentag ist nötig:

1. weil das Menschengeschlecht keine länger dauernde körperliche Anstrengung verkraften kann, wenn es gesund, geistig aufgeweckt, tugendhaft und glücklich bleiben soll;
2. weil die modernen Entdeckungen die Auserlegung einer länger dauernden Kräfteanspannung unnötig machen;
3. weil unter geeigneten Vorbedingungen bei acht Arbeitsstunden ein Wohlstandsüberschuß für alle erzeugt werden kann;
4. weil niemand ein Recht hat, zu verlangen, sein Mitmensch solle sich länger, als es der Gesellschaft nützlich ist, beschäffigen lassen, nur damit er auf Kosten vieler Armer reich werde;
5. weil es dem wahren Interesse jedes Menschen entspricht, daß jeder andere Mensch gesund, intelligent, zufrieden und gut gestellt ist.

Papier-Industrie

Wirtschaftszahlen der deutschen Papierindustrie.

Das Institut für Konjunkturforschung veröffentlicht in seinem Vierteljahresbericht wertvolles Zahlenmaterial über die Produktion von Rohpapier, Rohpappen, über die Ein- und Ausfuhr von Rohpapier, Rohpappen, Papierhalbstoffen (Holzschliffstoff, Strohschliff, Holzschliff usw.) und Papierfertigwaren. Wir geben nachstehend diese Zahlen getrennt wieder:

Entwicklung der Rohpappen- und Rohpapierproduktion:

Produktionszeit	Arbeitsmäßige Produktion an: Rohpapier	Rohpappen
1924	86,9	83,9
1925	106,6	110,7
1926	103,8	98,7
1927	126,9	130,2

1927	1. Vierteljahr	121,8	124,5
2. Vierteljahr	127,6	134,2	
3. Vierteljahr	127,3	131,5	
4. Vierteljahr	130,8	130,4	

1928	1. Vierteljahr	130,7	129,2
------	----------------	-------	-------

Aus diesen Messzahlen ergibt sich, daß die Papier- und Pappenproduktion seit Beendigung der Inflation in ständigem Steigen begriffen ist und im Jahre 1927, in dem bekanntlich die Rekordproduktion der deutschen Papiererzeugungsindustrie seit deren Bestehen erreicht wurde, ihren Höhepunkt erlangte. Auch die Messzahlen für die tägliche Produktion im ersten Vierteljahr 1928 ergeben den Beweis, daß die Papierproduktion auf der Durchschnittshöhe des Jahres 1927 gehalten werden konnte. Das gleiche kann von der Pappenfabrikation gesagt werden. Sogar im Krisenjahre 1926 war es möglich, die tägliche Produktionshöhe in Papier und Pappen über der zweijährigen Durchschnittsproduktion vom Juli 1924 bis zum Juni 1926, die als Grundlage der Berechnung dient, zu halten und sogar nicht unerheblich zu erhöhen.

Diese Inderfeststellungen der täglichen Produktion widerlegen aber die Behauptungen der Unternehmer, daß eine Produktionssteigerung nur durch Aufrechterhaltung des Zweischichtensystems erreicht werden könne. Die Messzahlen beweisen genau das Gegenteil. Mit der Wiedereinführung des Dreischichtensystems im Jahre 1927 ist die tägliche Durchschnittsproduktion an Papier von 103,8 im Jahre 1926 auf

126,9 im Jahre 1927 und bei Pappe von 98,7 auf 130,2 gestiegen. Aber auch nach vollständiger Wiedereinführung des Dreischichtensystems, seit dem 1. Januar 1928, ist die Papierproduktion von 121,8 im ersten Vierteljahr 1927 auf 130,7 im ersten Vierteljahr 1928 gestiegen. Die gleichen Verhältniszahlen mit 124,4 und 129,2 ergeben auch eine Steigerung der Pappenproduktion trotz Beseitigung des Zweischichtensystems.

Die tägliche Ausfuhr an Rohpapier und Rohpappen:

Ausfuhrzeit	Arbeitsmäßige Ausfuhr in Tonnen an: Rohpapier	Rohpappen
1924	1397	139
1925	1093	126
1926	1180	167
1927	970	206
1928		

1. Vierteljahr 912 222

Zu bemerken ist, daß die Reparationsachlieferungen in vorstehenden Zahlen nicht mit eingerechnet sind. Aber auch bei Einrechnung derselben würde das Gesamtbild der Ausfuhr zeigen, daß die deutsche Rohpapierausfuhr seit 1924 in ständigem Rückgange begriffen ist. Wenn es trotzdem gelungen ist, ohne übernormale Lagerhaltung die Produktion auf dem Inlandsmarkte unterzubringen, so zeugt dieses von einer gestiegenen Kaufkraft des deutschen Volkes, zu der ihren Teil beigetragen zu haben die deutschen Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten sich rühmen dürfen. Trotzdem kann der Ausfuhrückgang unter Berücksichtigung der steigenden Produktion der deutschen Papierarbeiterchaft nicht gleichgültig sein, da die deutsche Papierfabrikation schon zur Friedenszeit bei kleinerer Produktion gezwungen war, einen erheblichen Teil ihrer Produktion auszuführen, der heute mit 25 Prozent der Gesamtproduktion angenommen werden kann, wenn die Betriebe voll aufrecht erhalten werden sollen.

Erfreulicherweise hat die Rohpappenausfuhr seit 1924 eine aufsteigende Entwicklung zu verzeichnen. Dieses trifft auch für die Ausfuhr von Papierfertigwaren zu, wie aus der folgenden Zusammenstellung hervorgeht:

Ausfuhr an Papierfertigwaren:

Ausfuhrzeit	Arbeitsmäßige Ausfuhr in Tonnen
1924	248
1925	263
1926	267
1927	297
1928	

1. Vierteljahr 355

Auch in diesen Zahlen fehlen die Reparationsachlieferungen.

Die Ein- und Ausfuhr an Holzschliffstoff, Strohschliff, Holzschliff usw. in der Zeit von 1924 bis zum ersten Quartal 1928 ergibt sich aus folgender Zusammenstellung:

Ein- und Ausfuhr an Papierhalbstoffen:

Ein- und Ausfuhrzeit	Einfuhr	Ausfuhr in Tonnen	Ausfuhrüberschuß
1924	112	500	388
1925	377	603	226
1926	208	802	594
1927	422	668	186
1928			

1. Vierteljahr 540 629 89

Deutschland besitzt eine moderne, im allgemeinen technisch auf der Höhe stehende Papierhalbstoffindustrie, die bestrebt ist, durch Rationalisierungsmaßnahmen ihre Produktion ständig zu heben und zu verbessern. Infolgedessen ist die ständig zunehmende Einfuhr und die gleichzeitig fallende Ausfuhr von Papierhalbstoffen gleichfalls ein Zeichen der auf dem Weltmarkte sich seit Jahren abspielenden Kämpfe um die Beherrschung des Weltmarktes. Selbstverständlich sind auch in diesen Zahlen die Reparationsachlieferungen nicht mit enthalten. Ob die sich anbahnenden internationalen Verständigungen zur Eindämmung der Weltmarktkonkurrenz zum Ziele führen, dürfte davon abhängen, ob eine Verständigung der Interessenten möglich ist in der Richtung, daß jede der beteiligten nationalen Gruppen dabei auf ihre Rechnung kommt. Daß man dabei versuchen wird auf Kosten der internationalen Papierarbeiterchaft zunächst zum Ziele zu gelangen, bedarf ebensowenig einer besonderen Begründung, wie die Notwendigkeit der Abwehrmaßnahmen, die in diesem Falle von der Arbeiterschaft ergriffen werden müssen.

G. Stähler.

Papierarbeiter, geht nicht nach Brasilien.

Reisefähigen oder abertenerlustigen Fachgenossen bietet die Inzeratenplakate des Wochenblattes für Papierfabrikation recht häufig Gelegenheit, sich um Stellen im Auslande zu bewerben. In vielen Fällen ist es Sklavensarbeit in bester Form, die der Kollegenchaft angeboten wird. Besonders trifft dieses auf Arbeitsangebote für Brasilien zu. Ein nach dort ausgewandertes Kollege schildert uns die wirtschaftliche Lage der Kollegenchaft folgendermaßen:

Die Papierindustrie Brasiliens ist nicht bedeutend. Es kommen nur 25 Betriebe in Frage. Neben den wegen ihrer Bedürfnislosigkeit bekannten Italienern arbeiten auch ein Teil Einheimische in den Betrieben. Besonders begehrte Ausbeutungsobjekte sind die deutschen Facharbeiter. Viele werden sich auf Grund der Anzeigen im Wochenblatt. Wenige gehen nach Brasilien, aber keiner bleibt oder doch nur wenige und auch dann nur diejenigen, die mit einer größeren Kinderzahl ausgerüstet, sich dem Sklavensjoch nicht entziehen können.

Bei Stellungnahme ist besonders darauf zu achten, daß der auswanderungslustige Papiermacher vor seiner Abreise einen von brasilianischen Konjunkt begünstigten Arbeitsvertrag bereits in Händen hat, da alle anderen Arbeitsverträge wertlos sind und in Brasilien nicht anerkannt werden. Deshalb Augen und Ohren aufgepaßt! Schöne Redensarten der brasilianischen Unternehmer und ihrer Jährlinge sind keine Arbeitsrechtsgarantien.

Die tägliche Arbeitszeit beträgt 12 Stunden im Zweischichtsystem. Da die Papierfabriken auch Sonntags durchlaufen, so ist die 24- oder 18stündige Wechsel-Schicht noch üblich. Urlaub und andere soziale Vergünstigungen gibt es nicht, dafür aber desto unzureichendere Löhne. Der nach Brasilien emigrierte Papiermacher muß mindestens dreimal so hohen Lohn als in der deutschen Heimat verdienen, wenn er entsprechend seinen deutschen Lebensverhältnissen vegetieren will. Da Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung spanische Begriffe sind, ist der arbeitsfähige Fachkollege einer brasilianischen Hungerkur rücksichtslos preisgegeben. Dafür hat er aber mit hohen Schulgeltern und noch höheren Wohnungsmieten zu rechnen. Die klimatischen Verhältnisse sind im allgemeinen für deutsche Arbeiter nicht günstig. Krankheiten der verschiedensten Art stellen sich ein.

Eine Extramarke ist die Firma: Companhia Fabricadora de Papel Alabin Irmãos und Co. in Sao Paulo. Diese Firma schließt nur Scheinverträge mit ausländischen Arbeitsschiffen ab. Bei der Ankunft im Betriebe fällt es ihr gar nicht ein, die Verträge einzubehalten. Um nur ein Beispiel herauszugreifen: Trotz dreijährigem Kontrakt wurde unlängst ein Werkführer bereits nach einjähriger Tätigkeit entlassen. Gleich rücksichtslos ist deshalb auch die Arbeiterbehandlung. Dafür aber hat die Firma stets offene Arbeitsstellen für ausländische Facharbeiter zur Verfügung.

Wer also in seinen Zukunftsängsten nicht enttäuscht werden will, der unterdrücke seine Auswanderungslust, bleibe in Deutschland und kämpfe mit seiner Organisation um eine ständige Verbesserung seiner Lebenslage.

Wir haben diesen Ausführungen nichts mehr hinzuzusetzen, sondern können nur immer wieder betonen, daß bei jedem Stellenangebote nach dem Zustande erst durch die Organisation Erkundigungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingeholt werden müssen, wenn Enttäuschungen erspart bleiben sollen.

Gefahren der Arbeit.

Auch in der Papierindustrie sind Unfälle durchaus nicht selten. In einer Sulfatzellulosefabrik wurde durch die Explosion eines Sulfatföhrers das Kochhaus zum Einsturz gebracht. Durch umherliegende Eisenteile durch herabfallendes Mauerwerk, durch den kochenden Inhalt des Kochfasses und durch die ausströmenden Schwefelwasser Dämpfe wurden 30 Arbeiter verletzt, davon 13 tödlich. Ursache der Explosion soll nach dem Ergebnis der Untersuchung das für die Herstellung des Fässels verwendete Material sein. Es handelte sich um Flußeisenschmelz. Die Weiterbenutzung solcher Flußeisenschmelz soll nur gestattet werden, wenn sich nach einer genauen Untersuchung dieser Kocher keine Bedenken gegen die Zuverlässigkeit des Materials ergeben. Ferner soll auf mögliche Mechanisierung des Arbeitsvorganges hingewirkt werden, damit nicht zu viel Menschen in einem Arbeitsraume beschäftigt werden müssen.

An den Katastern erleben die Arbeiter häufig Hand- und Armverletzungen dadurch, daß der eine Arbeiter schon die Maschine einrichtet, während der Arbeiter an der anderen Seite der Maschine noch etwas an den Walzen zu tun hat. Es wird empfohlen, durch Anbringung von Spiegeln zu ermöglichen, daß sich die Arbeiter gegenseitig beobachten können.

Aus: Sonderfragen des Arbeiterkongresses und Beobachtungen aus Unfallverhütung und Gewerbehygiene im Jahre 1926.

Nahrungsmittel-Industrie

Stilllegung der Baltischen Zuckerraffinerie A.-G. Danzig.

Die Baltische Zuckerraffinerie in Danzig-Menschwasser hat ihren Betrieb stillgelegt. Das Gelände soll zur Erweiterung von Lagerzwecken verwandt werden. Über die Stilllegung dieses Betriebes lesen wir in der „Deutschen Zuckerindustrie“ folgendes:

Mit der Stilllegung der Baltischen Zuckerraffinerie A.-G., der letzten bisher noch in Danzig bestehenden Raffinerie, hat ein seit Jahrhunderten in Danzig betriebener Industriezweig, der für die Stadt Danzig von immer größerer Bedeutung geworden war, sein Ende gefunden. Bereits im Jahre 1818 sollen die ersten damals noch als Zuckerspiedereien bezeichneten Betriebe in Danzig bestanden haben.

Die Baltische Zuckerraffinerie A.-G. wurde im Jahre 1886 gegründet und nach dem Brand im Jahre 1902, durch den das gesamte Gebäude zerstört worden war, im Jahre 1904 als modern ausgestattete Raffinerie neu in Betrieb genommen. Seitdem wurde die Leistungsfähigkeit der Anlage ständig vergrößert, so daß im letzten Jahre vor dem Kriege über 1 1/2 Millionen Zentner Rohzucker verarbeitet werden konnten. Das Unternehmen gehörte zu den größeren dieser Art in Deutschland und versorgte einen großen Teil des deutschen Ostens mit Weißzucker. Daneben wurden sehr erhebliche Mengen Weißzucker exportiert, insbesondere nach England und den skandinavischen Ländern.

Wie aus obigen Ausführungen hervorgeht, ist Danzig einer derjenigen Orte, in denen wir in Deutschland schon Zuckerraffinerien hatten, bevor wir überhaupt Zucker herstellen. Wie in Hamburg die Zuckerbäcker ein mächtiges Gewerbe darstellten, so in Danzig die Zuckerspieder. Durch die Trennung Danzigs von Deutschland ist nun dieser mächtige Gewerbe- und Industriezweig zugrunde gegangen.

Nachdem durch den Versailler Vertrag Danzig zum Freiland erklärt wurde und aus dem deutschen Zollgebiet ausschied, stellten sich sofort Schwierigkeiten in der Rohstoffbelieferung der Danziger Raffinerien ein. Das Gebiet, das bisher den Rübenzucker an Danzig geliefert hatte, kam zum größten Teil zu Polen, ein Teil wurde durch den Polnischen Korridor von Danzig abgeschnitten. Andererseits wurde das bisherige Abgabebereich für weiße Ware durch die Errichtung der Grenze größtenteils gesperrt.

Der Betrieb hat versucht, diese Schwierigkeiten durch Einfuhr anderer Produktionszweige zu beheben. Schokolade, Karamelle, Zuckerwaren und andere Produkte wurden hergestellt. All dieses konnte aber nicht verhindern, daß das Unternehmen in mehr zureichend. Was verliert nun die Danziger Arbeiterschaft in diesem Unternehmen? Die Danziger Zuckerraffinerie A.-G. wurde, wie aus dem angeführten Jntat hervorgeht, 1886 gegründet, sie hat aber in kleinen Etbetrieben schon Vorgänger gehabt. Das Unternehmen beschäftigte zeitweise 1300 Arbeiter und Arbeiterinnen und 150 technische und kaufmännische Angestellte. Die Beschäftigungszahl ging allmählich auf 250 Arbeiter und 50 Angestellte zurück und nun ist dieses Unternehmen ganz stillgelegt.

Die Zuckerindustrie ist, wie die meisten Nahrungsmittelindustrien in Deutschland, besonders stark konzentriert. Die wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Orte und Bezirke haben sich diesen Industrien angepaßt. Der Krieg und seine Folgen haben hier noch existierendes Unternehmen zugrunde gerichtet, um die Existenzmöglichkeit genommen, indem Landesgrenzen dort künstlich gezogen sind, wo sie wirtschaftlich zum Ruin führen müssen. Die Danziger Arbeiterschaft verliert

durch die Stilllegung des Betriebes eine Arbeitsmöglichkeit in größerem Umfange. Allen Arbeitern und Arbeiterinnen aber zeigt dieses Beispiel, was Kriege heute für Folgen hinterlassen.

Wichtige Tagung

der Nahrungsmittel-Industrie-Vereinsgenossenschaft.

Am 19. d. J. fand in Dresden eine Tagung der Nahrungsmittel-Industrie-Vereinsgenossenschaft (NIV) statt, zu der auch gemäß § 857 der Reichsversicherungsordnung (RVO) die Vertreter der Versicherten geladen waren. Da nach § 857 der RVO, den Versicherungsvertretern der Bericht des technischen Ausschusses der Vereinsgenossenschaft (VAG) vorzulegen ist, der Vorstand aber den Arbeitnehmervertretern lediglich den vom Vorstand verfaßten Bericht vorlegte, protestierten die Vertreter ganz entschieden gegen diese Maßnahme des Vorstandes, der sich damit entschuldigte, auf Grund einer Verfügung des Reichsversicherungsamtes (RVA) zu handeln. Das RVA hatte schon vor 2 Jahren durch eine Verfügung der NIV, anheimgestellt, den Bericht vom Vorstand erstatten zu lassen. Soweit es sich um die Verichterstattung der VAG an das RVA handelt, ist das RVA auf Grund des § 853 der RVO mit seiner Verfügung durchaus im Recht. Hier handelt es sich aber um die Verichterstattung an die Versicherungsvertreter und da befragt § 857 RVO, daß die Vertreter mindestens jährlich einmal zu dem Bericht des technischen Ausschusses der Vereinsgenossenschaft in einer Sitzung mit dem Vorstand Stellung zu nehmen haben. Darum verlangen die Versicherungsvertreter (VVG) erneut die Zurücknahme dieser Verfügung des RVA, soweit dieselbe sich auf die Verichterstattung der VAG an die VVG bezieht. Die VVG erklären, daß sie nur auf Grund des einmündigen Materials des technischen Ausschusses in der Lage sind, zu prüfen, ob auch die VVG ihren öffentlichen Verpflichtungen auf dem Gebiete der Unfallverhütung so nachzukommen sind, wie es im Interesse des Arbeiters und im Sinne des Gesetzgebers liegt.

Aus dem Bericht ist hervorzuheben, daß die Zahl der Unfälle weiter im Steigen begriffen ist. Wer die Unfallstatistik in den letzten Jahren verfolgt hat, hat mit innerem Erschrecken feststellen können, daß in den letzten Jahren in fast allen Industrien die Unfallzahlen gestiegen sind. Auch die Gesamtziffer aller Unfälle, festgestellt vom RVA, steigt von Jahr zu Jahr. 1927 erhöhte sich die Unfallziffer in der NIV um 3127. Die Zahl der Unfälle stieg von 12 768 auf 15 895. Von den gemeldeten Unfällen gelangten 933 (955) zur Entschädigung. 44 (49) der entschädigungspflichtigen Unfälle hatten tödlichen Ausgang, 2 (2) dauernd völlige, 99 (83) dauernd teilweise und 788 (851) vorübergehende Erwerbslosigkeit im Gefolge. Auf 1000 versicherte Personen entfielen 35,4 gemeldete, 2,07 entschädigte und 0,09 tödliche Unfälle. Durch die Tatsache, daß überall in den Industrien die Unfallzahlen weiter steigen, muß auch die Öffentlichkeit aufmerksam werden und die Behörden und andere hierbei in Frage kommende Organe anspannen, alles zu tun, um die Unfallzahlen auf ein Mindestmaß herabzudrücken. Der Arbeiter hat ein Recht darauf, daß alle Maßnahmen ergriffen werden, um sein Leben vor allen Betriebsgefahren zu schützen, und ihm die Arbeitskraft gesund zu erhalten. Dazu sind aber Maßnahmen nicht geeignet, die lediglich auf dem Papier stehen! Eine sehr große Zahl aller Maschinenunfälle ereignen sich deshalb, weil die Maschinen sich in völlig ungeschicktem Zustande oder nur in mangelhaft geschicktem Zustande befinden. Trotz aller Einwirkungen der VVG auf die Maschinenfabriken, trotz eines Abkommens zwischen dem Verband der Vereinsgenossenschaften und des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten, keine Maschinen in ungeschicktem Zustande an die Fabriken abzugeben, gehen täglich von den Maschinenfabriken ungeschickte Maschinen an die Betriebe, an denen sich dann die schwersten Unfälle ereignen. Allein in den der NIV angeschlossenen Betrieben ereigneten sich im Berichtsjahre an Ventilatoren 14 Unfälle, die vermieden werden könnten, wenn von vornherein eine zweckentsprechende Sicherung der freilaufenden Flügel vorgenommen worden wäre. Interessant ist es, daß angeführt dieser Feststellungen, noch heute der Verein deutscher Maschinenbauanstalten und die Zentralkommission für Unfallverhütung mehrerhohlt erklärt haben, daß es einer gesetzlichen Regelung des Maschinenwesens nicht bedürfe und daß die Maschinen herstellenden Industrien freiwillig bereit seien, dem Verlangen nach Sicherung der Maschinen schon bei ihrer Herstellung zu entsprechen. Wir haben ja in den vorhergehenden Ausführungen gesehen, wie diese Versicherungen in die Praxis umgesetzt werden. Deshalb fordern die Arbeitnehmervertreter in den Vereinsgenossenschaften erneut ein Maschinenrecht, das noch über das im Entwurf vorliegende Arbeiterschutzes hinausgeht und den Hersteller von Maschinen mit Strafe bedroht, wenn er seine Maschinen ungeschicklich in die Betriebe liefert.

Der Bericht nimmt auch Stellung zur Schuldfrage der Betriebsunfälle. Es ist erstens, von der NIV zu hören, daß diese nicht einseitig dem Arbeiter die Schuld am Unfall beizumessen. Ganz anders aber ist in dieser Frage die Einstellung des Verbandes der deutschen VVG und des RVA, der vorgezeichnete Behörde der VVG. Führende Mitglieder dieses Verbandes behaupten in aller Öffentlichkeit, daß an den meisten Unfällen der Arbeiter die Schuld frage. Gegen diese unerhörte Anschuldigung haben die Arbeitnehmervertreter in einer Entschuldigenden Stellung genommen und sie weisen diese Beleidigung der Arbeiter und diese Verdrehung der Tatsachen ganz energisch zurück. Ein Herr Dr. Roemer von der Geschäftsführung des Verbandes der Vereinsgenossenschaften hat erst kürzlich im Rundfunk bei einem Vortrag über VVG und Unfallverhütung erklärt, die meisten Unfälle ereignen sich infolge der Sorglosigkeit und Unvorsichtigkeit der Arbeiter. Und die Führung der VVG, der Träger der Reichsversicherungsordnung, ist in den Händen solcher Leute, die mit falschen Behauptungen der Öffentlichkeit einreden wollen, auf dem Gebiete der Unfallverhütung sei alles in schönster Ordnung. Es soll durchaus nicht bestritten werden, daß es auch vorkommt, daß bei manchen Unfällen der Arbeiter daran die Schuld trägt. Wir dürfen aber auch nicht verkennen, daß in solchen Fällen die Schuld am Unfall nicht dem Arbeiter persönlich zur Last gelegt werden kann, sondern in sehr vielen derartigen Fällen liegt die Ursache des Unglücksfalls begründet in langer Arbeitszeit, raffiniert ausgeübter Akkordarbeit und dem in den Betrieben durchgeführten Rationalisierungssystem. Die meisten Unfälle an Maschinen oder sonstigen Betriebsanlagen ereignen sich und sind nur möglich, weil diese völlig ungeschickt oder nur mangelhaft geschicklich in Betrieb befinden. Wie im Bericht der NIV zitierten Unfälle haben sich an völlig ungeschickten Maschinen zugezogen! Angesichts dieser Tatsache gehört schon eine breite Stirn dazu, immer wieder zu behaupten, in fast allen Fällen frage der Arbeiter die Schuld am Unfall!

Die Vertreter der Versicherten erklären aber auch, daß es notwendig sei, die Reichsversicherungsordnung so umzugestalten, daß auch der Arbeiter, der in den Betrieben seine Haut zu Markte tragen muß, einen ganz bedeutenden Einfluß auf die Unfallverhütung erhält. Dieses System der Selbstverwaltung bei der VVG, bei dem nur die Unternehmer zu sagen haben, muß beseitigt werden! Man sage nicht, daß die Schwierigkeiten für die Umgestaltung der VVG zu groß seien! Wenn man grundsätzlich dazu bereit ist, lassen sich auch Wege finden. Wenn die Unternehmer erklären, daß ja nur die Beiträge zur Unfallversicherung frage, so trifft diese Erklärung nur bedingt zu. Denn die Unternehmer belasten ihr Lohnkonto oder Generalkostenkonto mit den Beitragssummen, die sie an die VVG abzuführen haben und belasten damit den Preis der Ware, den der Verbraucher zu bezahlen hat, also wieder in der Hauptsache der Arbeitnehmer. Darum ist es nur die Erfüllung einer rechtmäßigen Forderung der Arbeitnehmer, ihnen bald den Einfluß auf eines der wichtigsten Gebiete der Arbeiterschutz, der Unfallversicherung, einzuräumen, der den Arbeitern schon lange zuzufliessen.

Die Überwachungslosigkeit der NIV erstreckte sich auf das ganze Reich. Im Berichtsjahre wurden von Überwachungsbeamten 3733 Betriebe mit 59 823 versicherten Personen revidiert. Diese Betriebsrevisionen hatten zur Folge, daß 9795 Anordnungen von Sicherheitsmaßnahmen und sonstigen Maßnahmen zur Verhütung von

Unfällen vom Aufsichtsamt gegeben werden mußten. Es konnte aber berichtet werden, daß sämtliche Betriebsrevisionen unangenehm durchgeführt worden sind und daß bei den Betrieben auch die Betriebsräte die mitgeteilt haben. Hierbei sei auch daran erinnert, daß ja die Betriebsräte auf Grund des § 86 Ziffer 6 des Betriebsvertrages die Verpflichtung haben, in der Bekämpfung der Unfallgefahren mitzuwirken. Sie dürfen sich deshalb, weil sie auch auf die Durchführung der Unfallverhütungsmaßnahmen nach dem Gesetz hinzuwirken haben, bei den betriebsgenossenschaftlichen und auch bei den staatlichen Betriebsrevisionen nicht ausschalten lassen, wie das noch sehr oft vorkommt.

Die Versicherer-Vertreter haben als Ergebnis ihrer Beratung des Berichtes 1927 der NIV, eine Entschuldigende gefaßt, die der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde und auch den maßgebenden Behörden zugestellt worden ist. Es sei auch an dieser Stelle gestattet, dem Leiter des technischen Ausschusses der NIV, Direktor Urban, der mit viel Freude und Opfermut auf dem Gebiete der Unfallverhütung für die Interessen der Wirtschaft und der Arbeiter tätig ist, trotz aller Anfeindungen von Behörden und der Schwerindustrie und von Zentralbetriebsgenossenschaftlichen Organen, den Dank und das Vertrauen der Arbeiter in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie auszusprechen. Mehnert (Dresden).

Versehiedene Industrien

Öffentliche Körperschaften gegen die Vertrauung.

Die Linoleumindustrie bildet nicht nur in Deutschland, sondern auch in ganz Europa einen einheitlichen Komplex. Nur eine einzige nennenswerte Fabrik steht hierzulande außerhalb des Truffs. Kein Wunder mithin, daß bei Submissionen nur ganz wenig Firmen Angebote einreichen und diese Angebote ziemlich genau übereinstimmen. Der bayerische Städtetag hat in einer Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium auf diese Ringbildung aufmerksam gemacht und ein Einschreiten des Ministeriums gefordert. Dem lag eine Beschwerde der Stadt München zugrunde, da bei einer Submission sämtliche beteiligten Firmen gleichlaufende Angebote eingereicht hatten. In der Tat wird es höchste Zeit, daß die freie Konkurrenz wenigstens aufrecht erhalten bleibt.

Genossenschaftliches.

Genossenschaftliche Zigarettenfabrikation.

Die Großhandels-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, hat im Mai dieses Jahres ihre Zigarettenfabrikation von Stuttgart nach dem Sitz ihrer Zentrale, nach Hamburg, verlegt.

Die ausschließliche Verarbeitung von Orienttabaken, das Zusammenstellen neuer Mischungen durch erstklassige Fachleute und die Benutzung der zur Zeit vollkommensten Einrichtungen dieses Arbeitsgebietes haben G. G. Zigaretten ergeben, die unbedenklich jeden Vergleich mit den unter ungeheurerem Reklameaufwand angepriesenen Markenzigaretten anstehen.

Hier möge noch eine kurze volkswirtschaftliche Betrachtung folgen. Der Konsum an Zigaretten ist in Deutschland nach der amtlichen Statistik seit 1913 auf das 2 1/2fache gestiegen, im letzten Jahre wurden allein für 1442 Millionen Mark Zigaretten verbraucht. 560 000 Handelsbetriebe beschäftigen sich damit, diese Zigaretten an den Mann zu bringen. Ihre Verdienstspanne dabei muß nach erfolgter Aufhebung einer einschränkenden Verordnung mit 30 Prozent ihre Ausgaben für Reklame mit 5 Prozent angenommen werden. Die arbeitende Bevölkerung zahlt also in die Taschen des Zwischenhandels und der Reklameindustrie insgesamt eine halbe Milliarden Mark im Jahr.

Die einfache Frage ist: muß das so sein? Können die arbeitenden Klassen, die sonst ihr Geschick nachvoll zu lenken gelernt haben, aus dieser Tributleistung an den herkömmlichen Handel nicht herausfinden?

Da sind die genossenschaftlichen, in jeder Hinsicht unübertroffenen G. G. Zigaretten, da sind die von der arbeitenden Bevölkerung getragenen und überwachten Konsumvereine, die diese Zigaretten ohne verkehrende Manipulationen dem Verbraucher zuführen, da sollten vernünftigerweise auch die Werkstätten eines Willens sein, solche in ehrlicher Rücksicht auf ihren Bedarf hergestellten G. G. Zigaretten dem Konsumverein zu entnehmen.

Warum?

In Thüringen hatte es den Groll der Mittelständler wachgerufen, daß der Bezirkskonsumverein Thüringen-Mitte, Gotha, einige ihm als Mitglieder angeschlossene öffentliche Anstalten mit Brot belieferte. Sie richteten daher an die Regierung einige Anfragen. Die Antwort auf die eine lautet etwa wie folgt:

Es treffe zu, daß die Küche der Beamten der Landespolizei, Abteilung Gotha, vom Konsumverein Gotha mit Brot beliefert werde. Zur Begründung wird angeführt, daß die in den Polizeiwartkassen kaserniert wohnenden Beamten der Landespolizei Thüringen sich zur Herstellung der gemeinsamen Tagesverpflegung zu Beamtenküchen zusammengeschlossen haben. Die Beamtenküche wird als Selbstverwaltungsangelegenheit der beteiligten Beamten durch eine von ihnen gewählte Küchenkommission verwaltet. Die Küchenkommission behauptet, daß Brot des Konsumvereins sei wohl schmeckender als das der Bäckermeister.

Eine weitere Anfrage befaßt sich mit der Brotlieferung für das Landeskrankenhaus in Gotha. Hierzu sagt die Antwort u. a.:

Aus kaufmännischen und ökonomischen Erwägungen heraus habe das Landeskrankenhaus bisher von öffentlichen Ausschreibungen der Lebensmittel Abstand genommen. Bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen sei es ein wichtiger Faktor, ob das Landeskrankenhaus freie Hand bei seinen Einkäufen habe oder nicht. Das Landeskrankenhaus habe stets an der Hand von eingeholten Angeboten eingekauft, in erster Linie auf gute Ware und Preiswürdigkeit der Waren gesehen und sei dabei stets gut gefahren.

Im allgemeinen würden auch die Backwaren des Konsumvereins von einem großen Teile der Anstaltsinsassen und des an der Anstaltskost teilnehmenden Anstaltspersonal bevorzugt. Diese Personen würden nicht gern auf den Genuß der vom Konsumverein gelieferten Backwaren verzichten wollen.

Warum? Darum!

Literarisches.

Jugendtagsnummer der Arbeiter-Jugend. Am 4. und 5. August ist in Dortmund der 5. Reichsjugendtag des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend. In diesem Tage werden über 20 000 junge Arbeiter und Arbeiterinnen in der industriellen Herkommen Deutschlands für Sozialismus und Völkerverieden aufmarschieren. In diesem Jugendtag sind die Nummern 7 und 8 der Arbeiter-Jugend in einem Doppelheft als Zeitschrift erschienen. Diese Jugendtagsnummer steht unter dem Titel: „Rote Jugend auf der roten Erde“. Die Zeitschrift ist zu beziehen durch die Post und durch jede Buchhandlung. Das Doppelheft kostet 50 Pf.